



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1

DOCUMENTAZIONE N. 1

---

LANDESGESETZENTWURF

DISEGNO DI LEGGE

Nr. 48/20

N. 48/20

---

**Änderung des Landesgesetzes vom 21. August 1978, Nr. 46, „Maßnahmen betreffend die Zivilinvaliden, die Zivilblinden und die Gehörlosen“**

**Modifiche alla legge provinciale 21 agosto 1978, n. 46, “Provvedimenti concernenti gli invalidi civili, i ciechi civili e i sordi”**

vorgelegt am 4.3.2020 von den Landtagsabgeordneten Alex Ploner, Paul Köllensperger, Peter Faistnauer, Dr. Franz Ploner, Maria Elisabeth Rieder und Josef Unterholzner

presentato in data 4/3/2020 dai consiglieri provinciali Alex Ploner, Paul Köllensperger, Peter Faistnauer, dott. Franz Ploner, Maria Elisabeth Rieder e Josef Unterholzner

dem 4. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

**assegnato** alla IV commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

(riproduzione e diffusione ad uso interno)



## INHALTSVERZEICHNIS

- 1) L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46 S. 1
- 2) Ges. vom 27. Februar 2009 Nr. 14 Art. 35 S. 32

## INDICE

- 1) L.P. 21 agosto 1978, n. 46 pag. 17
- 2) legge 27 febbraio 2009, n. 14 art. 35 pag. 32



## a) Landesgesetz vom 21. August 1978, Nr. 46 <sup>1)</sup>

### Maßnahmen betreffend die Zivilinvaliden, die Zivilblinden und die Gehörlosen <sup>2)</sup>

1)Kundgemacht im A.Bl. vom 26. September 1978, Nr. 47.

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

## I. TITEL

### Soziale Betreuung der Zivilbehinderten gemäß Artikel 38 Absatz 1 der Staatsverfassung und Artikel 4 des [D.P.R. vom 28. März 1975, Nr. 469](#)

#### Art. 1 (Tätigkeitsbereich)

**(1)** In Anwendung von Artikel 4 des [D.P.R. vom 28. März 1975, Nr. 469](#), ersetzen die Bestimmungen dieses Titels in der Provinz Bozen in Hinsicht auf alles, was die finanzielle Hilfeleistung betrifft, die Gesetze vom 26. Mai 1970, Nr. 381, vom 27. Mai 1970, Nr. 382, und vom 30. März 1971, Nr. 118, in geltender Fassung.

**(2)** In allen geltenden Landesbestimmungen werden der Ausdruck "taubstumm" durch den Ausdruck "gehörlos" und der Ausdruck "Taubstummheit" durch den Ausdruck "Gehörlosigkeit" ersetzt. <sup>3)</sup>

3)Art. 1 Absatz 2 wurde angefügt durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4.

#### Art. 2 (Berechtigte)

**(1)** Auf die finanzielle Hilfeleistung haben zu den in den folgenden Artikeln angeführten Bedingungen und in Anbetracht der besonderen Bedürfnisse, die auf ihre Behinderung zurückzuführen sind, Anspruch:

- a) die Zivilinvaliden,
- b) die Zivilblinden,
- c) die Gehörlosen. <sup>2)</sup>



T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 28 del 26.01.2006 - Pensione di invalidità civile - accertamento sanitario - controversia - giurisdizione giudice ordinario

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

#### Art. 3 (Leistungen)

**(1)** Die finanziellen Leistungen sind folgende:

1. Rente für Vollinvaliden,
2. Rente für Teilinvaliden,
3. Rente für vollständig Blinde,
4. Rente für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen,
5. Rente für Gehörlose, <sup>2)</sup>



6. Begleitungsgeld für vollständig bewegungsunfähige Invaliden,
7. monatliche Zulage für minderjährige Teilinvaliden, [4\)](#)
8. Begleitungsgeld für vollständig Blinde,
9. Ergänzungszulage für Blinde,
10. Sonderzulage für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen,
11. Kommunikationszulage für Gehörlose. [2\)](#)

**(2)** Die in diesem Artikel vorgesehenen Leistungen können nicht auf andere Personen übertragen werden.

**(3)** Die in Absatz 1, Ziffer 2) genannte Rente kann nicht gleichzeitig mit direkten Invalidenrenten oder -zulagen bezogen werden, die von der allgemeinen Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenpflichtversicherung für Arbeitnehmer, von anderen Versicherungen, welche die Hinterbliebenenpflichtversicherung ergänzen, ersetzen oder ausschließen oder von den Sonderversicherungen für Kaufleute, Handwerker, Bauern, Halb- und Teilpächter oder für Bergleute gezahlt werden, und ebenso nicht mit direkten Invaliditätsrenten, die von anderen Versorgungskassen und -fonds, einschließlich jener für Freiberufler, gezahlt werden. [5\)](#)

**(4)** [5\)](#)

**(5)** Die finanzielle Leistung in Form der monatlichen Zulage für minderjährige Teilinvaliden ist unvereinbar mit der Auszahlung des Pflegegeldes, welches gemäß [Landesgesetz vom 12. Oktober 2007, Nr. 9](#), gewährt wird. [6\)](#)

-  Beschluss vom 31. Januar 2017, Nr. 123 - Festlegung mit Wirkung ab 1. Jänner 2017 der Höhe der finanziellen Leistungen für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Gehörlose, und der vorgesehenen Einkommensgrenzen der Renten - Landesgesetz vom 21.8.1978, Nr. 46, in geltender Fassung
-  Beschluss vom 19. Juli 2010, Nr. 1235 - Revisionsvisiten zur Überprüfung der gesundheitlichen Voraussetzungen von Zivilinvaliden, die Inhaber finanzieller Leistungen sind (abgeändert mit Beschluss Nr. 681 vom 07.05.2012)

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

4)Art. 3 Absatz 1 Ziffer 7 wurde so ersetzt durch Artz. 4 Absatz 1 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1](#)

5)Art. 3 wurde so ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#), Absatz 4 wurde dann aufgehoben durch Art. 1 des [L.G. vom 13. August 1992, Nr. 31](#).

6)Art. 3 Absatz 5 wurde hinzugefügt durch Art. 4 Absatz 2 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1](#).

## Art. 4 (Allgemeine Voraussetzungen)

**(1)** Um die Leistungen in Anspruch nehmen zu können, muß der Antragsteller folgende Voraussetzungen haben:

Er

1. muß italienischer Staatsbürger sein,
2. muß in Südtirol seinen Wohnsitz haben,
3. darf keine Kriegsoffer- oder Dienstrente sowie keine Rente beziehen, die eine öffentliche Verwaltung wegen eines Arbeitsunfalles als Entschädigung für jene Behinderung zahlt, aufgrund welcher die Leistung beantragt wird.

**(2)** Was den Anspruch auf die in diesem Gesetz genannten Leistungen betrifft, sind die Staatsbürger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union den italienischen Staatsbürgern gleichgestellt, sofern sie in Südtirol ihren Wohnsitz haben, und in Italien als unselbständige oder selbständige Arbeiter tätig sind bzw. waren oder Familienmitglied eines Arbeiters sind, der Staatsbürger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union ist. Diese Voraussetzungen sind durch eine Selbstbestätigung im Sinne des Gesetzes vom 4. Jänner 1968, Nr. 15, nachzuweisen. [7\)](#)

7)Art. 4 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#), später geändert durch Art. 3 des [L.G. vom 11. Mai 1990, Nr. 12](#), und durch Art. 11 Absatz 1 des [L.G. vom 17. November 2017, Nr. 21](#).

## Art. 5 (Gesundheitliche Voraussetzungen für die einzelnen Leistungen)

**(1)** Um eine Leistung in Anspruch nehmen zu können, muß der Antragsteller eine der folgenden Behinderungen haben:

1. für den Bezug der Rente für Vollinvaliden:
  - a) eine angeborene oder erworbene, auch fortschreitende körperliche Beeinträchtigung,
  - b) psychische Störungen infolge von Oligophrenie, die durch organische oder Stoffwechselstörungen hervorgerufen worden ist,
  - c) eine geistige Beeinträchtigung, die auf Sinnes- oder Funktionsstörungen zurückzuführen ist, sofern dadurch die Arbeitsfähigkeit endgültig und vollständig verlorengegangen ist,
2. für den Bezug der Rente für Teilinvaliden: eine unter Ziffer 1) angeführte Behinderung, die eine endgültige Verminderung der Arbeitsfähigkeit um mindestens 74% verursacht hat,
3. für den Bezug der Rente für vollständig Blinde:
  - a) vollständige Blindheit, das heißt völliges Fehlen des Sehvermögens in beiden Augen,
  - b) vollständige Blindheit: diejenigen, die die bloße Wahrnehmung von Licht und Schatten oder der Bewegung der Hand in beiden Augen oder im besseren Auge haben,
  - c) vollständige Blindheit: diejenigen, deren restliches binokulares Gesichtsfeld weniger als 3 Prozent beträgt,
4. für den Bezug der Rente für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen:
  - a) restliches Sehvermögen in beiden Augen oder im besseren Auge von höchstens einem Zwanzigstel, auch mit Sehhilfe,
  - b) diejenigen, deren restliches binokulares Gesichtsfeld weniger als 10 Prozent beträgt,
5. für den Bezug der Rente für Gehörlose: angeborene oder im Entwicklungsalter erworbene Gehörlosigkeit, die ein normales Erlernen des Sprechens gefährdet hat, vorausgesetzt, dass die Gehörlosigkeit nicht ausschließlich psychisch bedingt ist,
6. für den Bezug des Begleitungsgeldes für vollständig bewegungsunfähige Invaliden: eine unter Ziffer 1) angeführte Behinderung, die bewirkt, daß der Betroffene sich ohne fremde Hilfe nicht fortbewegen kann, daß er nicht in der Lage ist, die Handlungen des täglichen Lebens vorzunehmen und daß er somit ständig betreut werden muß,
7. monatliche Zulage für minderjährige Teilinvaliden, [8\)](#)
8. für den Bezug des Begleitungsgeldes für vollständig Blinde: die unter Ziffer 3) angeführten Voraussetzungen,
9. für den Bezug der Ergänzungszulage für Blinde: die unter den Ziffern 3) oder 4) angeführten Voraussetzungen.
10. für den Bezug der Sonderzulage für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen: die unter Ziffer 4) angeführten Voraussetzungen,
11. für den Bezug der Kommunikationszulage für Gehörlose [2\)](#): die unter Ziffer 5) angeführten Voraussetzungen.

**(2)** Was die Sozial- und Gesundheitsfürsorge und die Gewährung des Begleitungsgeldes angeht, werden jene Personen als Versehrte und Invaliden angesehen, die das 65. Lebensjahr überschritten und, was die mit ihrem Alter verbundenen Aufgaben und Funktionen angeht, dauernd Schwierigkeiten haben. [9\)](#)



T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 28 del 26.01.2006 - Pensione di invalidità civile - accertamento sanitario - controversia - giurisdizione giudice ordinario

8) Art. 5 Absatz 1 Ziffer 7 wurde so ersetzt durch Art. 4 Absatz 3 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1.](#)

2) Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit dem Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

9) Art. 5 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#), und später so geändert durch Art. 52 des [L.G. vom 15. November 2002, Nr. 14](#), und durch Art. 44 Absatz 2 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4.

## Art. 6 (Voraussetzungen in bezug auf das Alter der Anspruchsberechtigten)

**(1)** Um die verschiedenen Leistungen in Anspruch nehmen zu können, müssen die Antragsteller jeweils folgende Voraussetzungen in bezug auf ihr Alter haben:

- a) für den Bezug der Vollinvalidenrente müssen sie das 18. Lebensjahr vollendet und dürfen sie das 65. nicht überschritten haben,
- b) für den Bezug der Teilinvalidenrente dürfen sie das 65. Lebensjahr nicht überschritten haben,
- c) für den Bezug der Gehörlosenrente [2\)](#) müssen sie das 18. Lebensjahr vollendet haben.

**(2)** Für den Bezug der anderen von diesem Gesetz vorgesehenen finanziellen Leistungen ist weder ein Mindest- noch ein Höchstalter festgelegt. [10\)](#)

**(3)** Ab 2013 ist das Höchstalter für die Inanspruchnahme der Renten gemäß Absatz 1 Buchstaben a) und b) auf Grund des Mechanismus erhöht, welcher die Lebenserwartung, wie vom ISTAT erhoben, berücksichtigt und mit Artikel 12 des Gesetzesdekretes vom 31. Mai 2010, Nr. 78, mit Änderungen umgewandelt mit Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2010, Nr. 122, eingeführt wurde. Die Erhöhung wird mit Beschluss der Landesregierung festgelegt. [11\)](#)

**(4)** Für den Zeitraum vom 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2015 ist das Höchstalter auf 65 Jahre und 3 Monate festgelegt. [12\)](#)



Beschluss vom 4. Dezember 2018, Nr. 1285 - Rente für Zivilinvaliden. Festlegung des Höchstalters für die Inanspruchnahme der Zivilinvalidenrenten ab dem 01.01.2019 auf 67 Jahre

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

10)Art. 6 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 11. Mai 1990, Nr. 12](#).

11)Art. 6 Absatz 3 wurde hinzugefügt durch Art. 26 Absatz 1 des [L.G. vom 20. Dezember 2012, Nr. 22](#).

12)Art. 6 Absatz 4 wurde hinzugefügt durch Art. 26 Absatz 1 des [L.G. vom 20. Dezember 2012, Nr. 22](#).

## Art. 7 (Finanzielle Voraussetzungen für die einzelnen Leistungen) [13\)](#)

**(1)** Um die einzelnen Leistungen in Anspruch nehmen zu können, dürfen die Antragsteller kein höheres persönliches jährliches versteuerbares Einkommen haben als das in der Folge jeweils angegebene:

1. Rente für Vollinvaliden, Rente für vollständig Blinde, Rente für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen, Rente für Gehörlose [2\)](#)  
5.200.000 Lire
2. Rente für Teilinvaliden, Begleitungsgeld für minderjährige Teilinvaliden 2.500.000 Lire

**(1/bis)** Für die Zwecke laut Absatz 1 wird das Einkommen aus Arbeit der Teilinvaliden um 50 Prozent reduziert.

**(2)** Für die Feststellung des Vorliegens der finanziellen Voraussetzungen gemäß Absatz 1 wird in Bezug auf die Leistungen vom 1. Jänner bis zum 31. Mai eines jeden Jahres das Einkommen berücksichtigt, das zwei Jahre vor dem Bezugsjahr der Leistungen erzielt wurde; bezüglich der Leistungen vom 1. Juni bis zum 31. Dezember eines jeden Jahres wird hingegen das Einkommen des Jahres vor dem Bezugsjahr herangezogen.

**(3)** Für die anderen von diesem Gesetz vorgesehenen finanziellen Leistungen sind keine Einkommensgrenzen festgelegt, da diese Leistungen unmittelbar aufgrund der Behinderung erbracht werden.

**(4)** [14\)](#)

**(5)** Ändert der Staat im Rahmen seines Fürsorgesystems mit Gesetz die Bestimmungen über die finanziellen Voraussetzungen für Leistungen, die den von diesem Gesetz vorgesehenen entsprechen, so hat sie der Landesausschuß mit Beschluß für die Anwendung dieses Gesetzes zu übernehmen, und zwar mit Wirkung vom selben Stichtag. [15\)](#)



Beschluss vom 31. Januar 2017, Nr. 123 - Festlegung mit Wirkung ab 1. Jänner 2017 der Höhe der finanziellen Leistungen für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Gehörlose, und der vorgesehenen Einkommensgrenzen der Renten - Landesgesetz vom 21.8.1978, Nr. 46, in geltender Fassung



Beschluss vom 12. März 2012, Nr. 374 - L.G. 46/78 - Gewährung der integrierten (erhöhten) Rente für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Gehörlose - Neufestlegung für das Jahr 2012 der Einkommensgrenzen gemäß Gesetz Nr. 448 vom 28.12.2001, Art. 38. Abänderung des Artikels 4, Absatz 1 des Titels II der dem Beschluss Nr. 2732 vom 29.7.2002 beigelegten Richtlinien zur Bestimmung des Gesamteinkommens.



Beschluss vom 12. März 2012, Nr. 373 - Neufestlegung der für das Jahr 2012 vorgesehenen Einkommensgrenzen der Renten für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Gehörlose und der Höhe des Begleitgeldes für Vollinvaliden und für Vollblinde, sowie der Sonderzulage für Teilblinde und der Kommunikationszulage für Gehörlose mit Wirkung ab 1.1.2012 - Landesgesetz vom 21.8.1978, Nr. 46. - Widerruf des Beschlusses Nr. 126 vom 31.1.2011



Beschluss vom 29. Juli 2002, Nr. 2732 - Richtlinien zur Bestimmung des Gesamteinkommens, das für die Gewährung der Rente für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Taubstumme laut Landesgesetz 21.08.1978, Nr. 46 und Artikel 38 Gesetz Nr. 448 vom 28.12.2001 zu berücksichtigen ist (abgeändert mit Beschluss Nr. 1742 vom 26.05.2003, Beschluss Nr. 313 vom 2.2.2004, Beschluss Nr. 228 vom 08.02.2010, Beschluss Nr. 125 vom 31.01.2011, Beschluss Nr. 374 vom 12.03.2012, Beschluss Nr. 105 vom 21.01.2013, Beschluss Nr. 116 vom 04.02.2014, Beschluss Nr. 71 vom 20.01.2015, Beschluss Nr. 45 vom 19.01.2016, Beschluss Nr. 1456 vom 20.12.2016 und Beschluss Nr. 123 vom 31.01.2017)

13)Die aktuellen Beträge sind im Beschluss der Landesregierung vom 8. Februar 2010, Nr. 229, wiedergegeben.

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

14)Art. 7 Absatz 4 wurde aufgehoben durch Art. 4 Absatz 4 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1](#).

15)Art. 7 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#), und später geändert durch Art. 5 des [L.G. vom 7. August 1986, Nr. 22](#), durch



## Art. 8 (Jährliche Änderung der finanziellen Voraussetzungen)

---

**(1)** Die im vorhergehenden Artikel angegebenen Einkommensgrenzen werden jährlich angehoben; dabei wird der Bewertungsindex zugrunde gelegt, den der Staat bei der jährlichen Änderung der für die Zulassung zu den entsprechenden staatlichen Fürsorgeleistungen geltenden Einkommensgrenzen anwendet. Die jährliche Anhebung der Einkommensgrenzen wird den jeweiligen Interessenverbänden, den Patronaten für die Sozialfürsorge, der Presse und anderen Medien in Südtirol mitgeteilt. [16\)](#)

16) Art. 8 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#), und später ergänzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#).

## Art. 9 (Gesuch und Belege)

---

**(1)** Das Gesuch um Gewährung der verschiedenen Leistungen im Sinne dieses Gesetzes ist auf stempelfreiem Papier abzufassen, vom Gesuchsteller, von der Person, welche die elterliche Gewalt ausübt, oder vom Vormund zu unterzeichnen und der in Artikel 10 vorgesehenen Sanitätskommission zu übermitteln; das genannte Gesuch muß mit der Erklärung versehen sein, daß die Invalidität nicht durch Kriegs-, Arbeits- oder Dienstversehrtheit bedingt ist. Dem Gesuch sind je nach Kategorie folgende Unterlagen beizufügen:

- a) Zivilinvaliden: meldeamtliche Sammelbescheinigung bezüglich Geburt, Wohnsitz und Staatsbürgerschaft sowie ärztliche Bescheinigung, deren Inhalt und Gestaltung vom Landesausschuß mit Beschluß festgelegt wird,
- b) Zivilblinde; meldeamtliche Sammelbescheinigung bezüglich Geburt, Wohnsitz und Staatsbürgerschaft sowie Bescheinigung eines Augenarztes, aus der die Diagnose und das Ausmaß des etwaigen restlichen Sehvermögens bei Anwendung von Sehbehelfen hervorgehen,
- c) Gehörlose [2\)](#): meldeamtliche Sammelbescheinigung bezüglich Geburt, Wohnsitz und Staatsbürgerschaft sowie Bescheinigung eines Facharztes für HNO-Heilkunde über den Grad der Schwerhörigkeit.

Das Amt nimmt unvollständige Gesuche nicht entgegen, erklärt aber dem Antragsteller die Mängel und zeigt ihm die Möglichkeit auf, ein neues Gesuch einzureichen. [17\)](#)

**(2)** Gesuche um Gewährung einer der in Artikel 3 vorgesehenen Leistungen werden als Gesuche um Gewährung aller im selben Artikel vorgesehenen finanziellen Leistungen, auf welche der Antragsteller Anrecht haben dürfte, angesehen. [18\)](#)

2) Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit dem Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

17) Art. 9 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 7. August 1986, Nr. 22](#), und später geändert durch Art. 8 des [L.G. vom 7. November 1988, Nr. 42](#).

18) Absatz 2 wurde angefügt durch Art. 2 des [L.G. vom 11. Mai 1990, Nr. 12](#).

## Art. 10 (Ärzt Kommissionen)

---

**(1)** In jedem Sonderbetrieb Sanitätseinheit wird eine Ärztekommision zur Feststellung der Zivilinvalidität errichtet.

**(2)** Im Sonderbetrieb Sanitätseinheit Mitte-Süd wird die landesweit zuständige Ärztekommision für die Kontrollvisiten der Zivilinvaliden errichtet. Diese Kommission führt die von der Landesregierung regelmäßig vorgesehenen außerordentlichen Kontrollvisiten durch, um das Weiterbestehen der Voraussetzungen bei Zivilinvaliden zu überprüfen.

**(3)** Im Sonderbetrieb Sanitätseinheit Mitte-Süd werden die landesweit zuständigen Ärztekommisionen zur Feststellung der Zivilblindheit und der Gehörlosigkeit [19\)](#) errichtet. Diese sind auch für die entsprechenden Kontrollvisiten zuständig.

**(4)** Die Ärztekommisionen laut den Absätzen 1, 2 und 3 bleiben drei Jahre lang im Amt und haben jeweils drei Mitglieder. Für jedes ordentliche Mitglied werden nach denselben Modalitäten ein oder mehrere Ersatzmitglieder ernannt. Der Vorsitzende wird vorzugsweise unter den Ärzten des Landesgesundheitsdienstes ausgewählt. [20\)](#)

**(5)** Ein Mitglied der Ärztekommision zur Feststellung der Zivilinvalidität muß ein Facharzt für Neurologie oder Psychiatrie oder ein Arzt

sein, der bei einer öffentlichen Einrichtung für neurologische oder psychiatrische Behandlung im Dienst steht. Ein Mitglied wird von den landesweit am stärksten vertretenen Vereinigungen der Zivilinvaliden und -versehrten vorgeschlagen.

**(6)** Ein Mitglied der landesweit zuständigen Ärztekommision für die Kontrollvisiten der Zivilinvaliden muß ein Facharzt für Orthopädie oder ein Facharzt für Neurologie oder Psychiatrie oder ein Arzt sein, der bei einer öffentlichen Einrichtung für neurologische oder psychiatrische Behandlung im Dienst steht. Ein Mitglied wird von den landesweit am stärksten vertretenen Vereinigungen der Zivilinvaliden und -versehrten vorgeschlagen.

**(7)** Zwei Mitglieder der landesweit zuständigen Ärztekommision zur Feststellung der Zivilblindheit müssen Fachärzte für Augenheilkunde sein. Ein Mitglied wird von der Landessektion des italienischen Blindenverbandes (U.I.C.) namhaft gemacht.

**(8)** Zwei Mitglieder der landesweit zuständigen Ärztekommision zur Feststellung der Taubstummheit müssen Fachärzte für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten sein. Ein Mitglied wird von der Landessektion des gesamtstaatlichen Verbandes der Taubstummen (E.N.S.) namhaft gemacht.

**(9)** Die Ärztekommisionen üben die Funktionen der staatlichen Kommissionen gemäß den Gesetzen vom 26. Mai 1970, Nr. 381, vom 27. Mai 1970, Nr. 382, und vom 30. März 1971, Nr. 118, in geltender Fassung, aus.

**(10)** Bei Ausübung der in Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Februar 1992, Nr. 104, vorgesehenen Aufgaben werden die Ärztekommisionen durch einen Sozialarbeiter und einen Facharzt für die zu prüfenden Fälle ergänzt; sie stellen die Behinderung der Person, das Ausmaß der Behinderung sowie die Arbeits- und Beziehungsfähigkeit fest. [21\)](#)



Beschluss vom 26. März 2012, Nr. 474 - Ausweis für Personen mit Zivilinvalidität



T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 28 del 26.01.2006 - Pensione di invalidità civile - accertamento sanitario - controversia - giurisdizione giudice ordinario



T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 502 del 29.11.2003 - Invalidità civile - determinazione di handicap - controversie - giurisdizione del giudice ordinario

19) Der Ausdruck „Taubstummheit“ wurde mit dem Ausdruck „Gehörlosigkeit“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#) bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

20) Art. 10 Absatz 4 wurde so ersetzt durch Art. 30 Absatz 1 des [L.G. vom 24. September 2019, Nr. 8](#).

21) Art. 10 wurde ersetzt durch Art. 53 des [L.G. vom 5. März 2001, Nr. 7](#).

## Art. 10/bis (Ungerechtfertigtes Fernbleiben von der Kontrolluntersuchung)

**(1)** Sollte der Betroffene zweimal hintereinander ungerechtfertigt nicht zur Kontrolluntersuchung erscheinen, so wird angenommen, daß er nicht mehr im Besitz der Voraussetzungen ist; dies bringt den sofortigen Widerruf der in Artikel 3 vorgesehenen finanziellen Leistungen seitens des zuständigen Landesamtes mit sich. [22\)](#)

22) Art. 10/bis wurde eingefügt durch Art. 53 des [L.G. vom 5. März 2001, Nr. 7](#).

## Art. 11 (Ermittlungen der Sanitätskommission)

**(1)** Die Sanitätskommission stellt durch die jeweils zuständige Abteilung fest:

1. was die Zivilinvaliden angeht: den Grund der Invalidität, den Grad der Behinderung, die etwaige absolute Bewegungsunfähigkeit von Zivilinvaliden, die Unfähigkeit, ohne ständige Hilfe eines Begleiters zu gehen, oder die Unfähigkeit, die Handlungen des täglichen Lebens vorzunehmen, mit der daraus folgenden Notwendigkeit, ständig betreut zu werden. Bei den Ermittlungen über die Zivilinvaliden wendet die in Artikel 10 genannte Sanitätskommission die Tabelle an, in der die Invaliditätsprozentsätze gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Februar 1980, Nr. 18, in geltender Fassung, angegeben sind.
2. was die Zivilblinden angeht: das restliche Sehvermögen auf einem oder auf beiden Augen, gegebenenfalls bei Verwendung eines Sehbehelfs, oder die vollständige Blindheit,
3. was die Gehörlosen [2\)](#) angeht: die Taubstummheit, die nicht auf ausschließlich psychische Ursachen zurückzuführen ist. [23\)](#)

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

23)Art. 11 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#).

## Art. 12 (Verfahren der Kommission)

---

**(1)** Ist aus den Unterlagen, die dem Gesuch beigelegt sind, keine Behinderung ersichtlich, die nach Art und Ausmaß unter die in Artikel 5 vorgesehenen Fälle eingereicht werden kann, so nimmt die Kommission keine Untersuchung vor und weist das Gesuch um finanzielle Leistungen mit einem begründeten Bescheid ab. In allen anderen Fällen lädt sie den Gesuchsteller zu einer Untersuchung vor.

**(2)** Bei dauernder Transportunfähigkeit - die von einem Arzt zu bescheinigen ist - kann die Kommission eine Hausvisite bewilligen. Die Kommission kann, nachdem sie das ärztliche Zeugnis überprüft hat, jeweils eines ihrer Mitglieder bevollmächtigen die Hausvisite durchzuführen. In diesem Fall steht der Kommission die Feststellung der Behinderung auf Grund des Ergebnisses der Hausvisite und des Berichtes des bevollmächtigten Arztes zu.

**(3)** Bleibt der Antragsteller zweimal ungerechtfertigt der Untersuchung fern, so wird dies als Verzicht angesehen; das zuständige Amt archiviert den Antrag endgültig. [24\)](#)

**(4)** Die Gesuche um die Bewertung der Verschlechterung der Invalidität oder der Sehfähigkeit werden von den zuständigen Abteilungen der Kommission behandelt, sofern sie mit Unterlagen versehen sind aus denen die Veränderung des früheren Krankheitsbildes hervorgeht. Ist gegen den Bescheid der Kommission für die Feststellung der Invalidität und der Sehfähigkeit eine Beschwerde eingereicht worden, so werden die Gesuche um Bewertung der Verschlechterung der Invalidität oder der Sehfähigkeit erst nach der entsprechenden Entscheidung behandelt. [25\)](#)

24)Art. 12 wurde geändert durch Art. 3 des [L.G. vom 7. August 1986, Nr. 22](#), und durch Art. 10 des [L.G. vom 7. November 1988, Nr. 42](#).

25)Absatz 4 wurde angefügt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#).

## Art. 13 (Ergebnis der Untersuchung)

---

**(1)** Stellt die Kommission fest, daß sich der Gesuchsteller nicht in dem von Artikel 5 dieses Gesetzes vorausgesetzten Zustand befindet, so beschließt sie die Rückverweisung des Gesuches, und der Schriftführer verständigt den Gesuchsteller davon binnen zehn Tagen.

**(2)** Wird eine Behinderung festgestellt, so teilt dies der Schriftführer innerhalb derselben Frist dem für Sozialfürsorge zuständigen Amt der Landesverwaltung mit, weiters dem Gesuchsteller und schließlich dem im Sinne der in Artikel 1 angeführten Gesetze zuständigen Verband,

## Art. 14 (Beschwerde gegen das Untersuchungsergebnis)

---

**(1)** Gegen den Bescheid der in Artikel 10 genannten Sanitätskommission kann der Betroffene innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der entsprechenden Mitteilung bei einer eigenen Berufungskommission auf stempelfreiem Papier Beschwerde einlegen; dieser muß das Zeugnis eines Arztes beigelegt werden, der auf Grund seiner Fachausbildung für die Behinderung des Betroffenen zuständig ist. Diese Kommission entscheidet endgültig. Vorsitzender der Kommission ist ein Arzt des Landesgesundheitsdienstes oder ein mit dem Landesgesundheitsdienst vertragsgebundener Facharzt, Mitglieder der Kommission sind drei Ärzte, die jeweils auf dem Gebiet der zu ermittelnden Behinderung spezialisiert sind. Sie werden vom Landesrat für Gesundheitswesen namhaft gemacht und unter fünf Fachärzten ausgewählt, die vom Landesausschuß ernannt werden und Fachärzte auf einem der folgenden Gebiete sind: innere Medizin, Neurologie, Augenheilkunde, HNO-Heilkunde oder Orthopädie oder ein verwandtes Gebiet; drei dieser Fachärzte werden von den jeweils betroffenen Interessenverbänden namhaft gemacht. Es ist nicht zulässig, daß ein Arzt gleichzeitig Mitglied der Berufungskommission und der Sanitätskommission laut Artikel 10 ist. Den anspruchsberechtigten Kommissionsmitgliedern sind die Vergütungen zu entrichten, wie sie für die Kommission erster Instanz vorgesehen sind. Schriftführer ist ein Beamter, der vom Landesrat für Gesundheitswesen namhaft gemacht wird. [26\)](#)

**(2)** Die Berufungskommission, welche über die Beschwerden gegen den Bescheid einer Ärztekommision laut Artikel 10 Absatz 10 entscheidet, wird durch einen Sozialarbeiter und durch einen Facharzt für die zu prüfenden Fälle ergänzt. [27\)](#)

26) Art. 14 wurde geändert durch Art. 46 des [L.G. vom 30. Juni 1983, Nr. 20](#), Art. 4 des [L.G. vom 7. August 1986, Nr. 22](#), und später ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#).

27) Art. 14 Absatz 2 wurde hinzugefügt durch Art. 4 Absatz 5 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1](#).

## Art. 14/bis (Vergütungen für die Ärztekommisionen)

**(1)** Den Mitgliedern der Ärztekommisionen steht die von der Landesregierung festgesetzte Vergütung und die von den einschlägigen Rechtsvorschriften des Landes vorgesehenen Außendienstvergütungen zu. [28\)](#)

**(2)** [29\)](#)

**(3)** Unter Diagnose versteht man die definitive, wobei die Invalidität in Prozenten ausgedrückt wird.

**(4)** Falls im Lauf der eigens einberufenen Sitzungen die Kommission laut Artikel 14 die vorhandenen Unterlagen als ausreichend erachtet, kann die Entscheidung über die vorgebrachte Beschwerde sofort getroffen werden, ohne den Antragsteller einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. [30\)](#)



Beschluss vom 4. Februar 2013, Nr. 186 - Vergütungen an die Mitglieder der Ärztekommisionen

28) Art. 14/bis Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 5 Absatz 1 des [L.G. vom 16. Oktober 2014, Nr. 9](#).

29) Art. 14/bis Absatz 2 wurde aufgehoben durch den Buchstaben a) des Art. 13 Absatz 1 des [L.G. vom 16. Oktober 2014, Nr. 9](#).

30) Art. 14/bis wurde eingefügt durch Art. 28 des [L.G. vom 13. Jänner 1992, Nr. 1](#), und später geändert durch Art. 53 des [L.G. vom 5. März 2001, Nr. 7](#).

## Art. 15 (Bearbeitung der Gesuche, Ersatzerklärung)

**(1)** Nachdem das zuständige Landesamt im Sinne von Artikel 13 einen Bescheid über das Vorliegen einer Behinderung erhalten hat, fordert es vom Antragsteller eine Ersatzerklärung für einen Notorietätsakt im Sinne des Gesetzes vom 4. Jänner 1968, Nr. 15, an, in der dieser sein Geburtsdatum und die Wohnsitzgemeinde anzugeben und folgendes zu erklären hat:

1. daß er italienischer Staatsbürger ist,
2. daß er keine Kriegsoffer- oder Dienstrente und ebenso keine Rente bezieht, die eine öffentliche Verwaltung wegen eines Arbeitsunfalles als Entschädigung für jene Behinderung auszahlt, aufgrund welcher die Leistung beantragt wird,
3. wie hoch das der Einkommensteuer zu Lasten physischer Personen unterliegende jährliche Gesamteinkommen des Antragstellers im Vorjahr gegenüber dem Jahr der Vorlage des Gesuches war.

**(2)** Für die Gewährung der in Artikel 3 Absatz 1 Ziffern 6, 8, 9, 10 und 11 genannten Leistungen kann anstelle der in Absatz 1 genannten Erklärung eine Sammelbescheinigung bezüglich Geburt, Wohnsitz und Staatsbürgerschaft abgegeben werden.

**(3)** Erhält das zuständige Amt auf die Anfrage laut Absatz 1 keine Antwort, so kann es diese durch Einschreibebrief mit Rückschein verlangen. Verstreicht daraufhin eine Frist von 60 Tagen, ohne daß eine Antwort einlangt, so wird das Gesuch wegen nicht erfolgten Einreichens der nötigen Unterlagen abgelehnt. Der Antragsteller kann jedoch jederzeit beim Amt ein weiteres Gesuch einreichen, das mit den nötigen Unterlagen versehen ist; in diesem Fall wird die Leistung vom ersten Tag des Monats an gezahlt, das jenem folgt, in dem das neue Gesuch gestellt wurde. [31\)](#)

31) Art. 15 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#).

## Art. 16 (Minderjährige Invaliden Besonderheiten bei der Bearbeitung der Gesuche)

**(1)** Was minderjährige Invaliden angeht, so ist die im vorhergehenden Artikel genannte Ersatzerklärung von einer Person abzugeben, die die elterliche Gewalt ausübt.

(2) [32\)](#)

32) Art. 16 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#); Absatz 2 wurde später aufgehoben durch Art. 1 des [L.G. vom 13. August 1992, Nr. 31](#).

## Art. 17 (Ausmaß der Leistungen)

---

(1) Es werden folgende monatliche Beträge für die verschiedenen Leistungen festgesetzt:

- a) alle im Artikel 3 Absatz 1 Ziffern 1 bis 5 genannten Renten: vom 1. September 2008 an 400,00 Euro; [33\)](#)
- b) Ergänzungszulage für vollständig Blinde: vom 1. Mai 1989 an 102.900 Lire, vom 1. November 1989 an 104.650 Lire;
- c) Ergänzungszulage für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen: vom 1. Mai 1989 an 73.520 Lire, vom 1. November 1989 an 74.765 Lire;
- d) Begleitungsgeld für vollständig bewegungsunfähige Invaliden: für das Jahr 1989 568.185 Lire;
- e) Begleitungsgeld für vollständig Blinde: für das Jahr 1989 621.455 Lire;
- f) Sonderzulage für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen: für das Jahr 1988 50.000 Lire, für das Jahr 1989 53.300 Lire;
- g) Kommunikationszulage für Gehörlose [2\)](#): für das Jahr 1988 200.000 Lire, für das Jahr 1989 213.200 Lire.

(2) Wird das Ausmaß der entsprechenden staatlichen Leistungen mit Staatsgesetz erhöht, so ist der Landesausschuß verpflichtet, mit Beschluß die Beiträge für die oben erwähnten Leistungen mit Wirkung vom selben Tag an im Verhältnis anzuheben. [34\)](#)

33) Art. 17 Absatz 1 Buchstabe a) wurde so ersetzt durch Art. 8 des [L.G. vom 9. Oktober 2008, Nr. 8](#).

2) Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit dem Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

34) Art. 17 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#).

## Art. 18 (Zeitpunkt, ab welchem die Leistungen erbracht werden)

---

(1) Alle in diesem Gesetz vorgesehenen Leistungen beginnen mit dem unmittelbar auf den Tag, an dem das Gesuch eingereicht worden ist, folgenden Monatsersten.

(2) Werden die gesundheitlichen Voraussetzungen für die Leistungen bei einer Revisionsuntersuchung durch die Ärztekommision, welche von Amts wegen verfügt wird, festgestellt, stehen die Leistungen mit dem Ersten des Monats zu, der auf den Tag der Untersuchung folgt. In diesem Fall ist eine erneute Gesuchsstellung nicht erforderlich. [35\)](#)

35) Absatz 2 wurde angefügt durch Art. 40 des [L.G. vom 3. Mai 1999, Nr. 1](#).

## Art. 19 [36\)](#)

---

36) Außer Kraft gesetzt durch Art. 2 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#).


## Art. 20 (Dreizehnte Monatsrate, automatische Angleichung)


---


(1) Eine dreizehnte Monatsrate wird jährlich in der Regel zusammen mit der Zweimonatsrate für November und Dezember im Verhältnis zur Zahl der während des Kalenderjahres angefallenen Monatsraten und bemessen am Betrag der letzten Monatsrate gezahlt.

**(2)** Bei den in Artikel 3 Absatz 1 Ziffern 1 bis 5 erwähnten Renten wird ab 1. Mai 1990 die automatische Angleichung angewandt, die von den Rechtsvorschriften des Staates für die entsprechenden staatlichen Leistungen vorgesehen ist, und zwar mit Wirkung vom dort vorgesehenen Zeitpunkt. Dieselbe Angleichung wird auch auf die Ergänzungszulage für Blinde gemäß Artikel 3 Absatz 1 Ziffer 9 angewandt.

**(3)** Das Begleitungsgeld für vollständig bewegungsunfähige Invaliden und für vollständig Blinde sowie die Sonderzulage für Blinde mit einem Rest von Sehvermögen und die Kommunikationszulage für Gehörlose [2\)](#) gemäß Artikel 3 Absatz 1 Ziffern 6, 8, 10 und 11, werden automatisch den Beträgen angeglichen, die der Staat für die entsprechenden staatlichen Leistungen auf Grund der einschlägigen Rechtsvorschriften festsetzt, und zwar jeweils mit Wirkung von dem vom Staat festgesetzten Zeitpunkt. [37\)](#)

 Beschluss vom 12. März 2012, Nr. 374 - L.G. 46/78 - Gewährung der integrierten (erhöhten) Rente für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Gehörlose - Neufestlegung für das Jahr 2012 der Einkommensgrenzen gemäß Gesetz Nr. 448 vom 28.12.2001, Art. 38. Abänderung des Artikels 4, Absatz 1 des Titels II der dem Beschluss Nr. 2732 vom 29.7.2002 beigelegten Richtlinien zur Bestimmung des Gesamteinkommens.

 Beschluss vom 12. März 2012, Nr. 373 - Neufestlegung der für das Jahr 2012 vorgesehenen Einkommensgrenzen der Renten für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Gehörlose und der Höhe des Begleitgeldes für Vollinvaliden und für Vollblinde, sowie der Sonderzulage für Teilblinde und der Kommunikationszulage für Gehörlose mit Wirkung ab 1.1.2012 - Landesgesetz vom 21.8.1978, Nr. 46. - Widerruf des Beschlusses Nr. 126 vom 31.1.2011

 Beschluss vom 29. Juli 2002, Nr. 2732 - Richtlinien zur Bestimmung des Gesamteinkommens, das für die Gewährung der Rente für Zivilinvaliden, Zivilblinde und Taubstumme laut Landesgesetz 21.08.1978, Nr. 46 und Artikel 38 Gesetz Nr. 448 vom 28.12.2001 zu berücksichtigen ist (abgeändert mit Beschluss Nr. 1742 vom 26.05.2003, Beschluss Nr. 313 vom 2.2.2004, Beschluss Nr. 228 vom 08.02.2010, Beschluss Nr. 125 vom 31.01.2011, Beschluss Nr. 374 vom 12.03.2012, Beschluss Nr. 105 vom 21.01.2013, Beschluss Nr. 116 vom 04.02.2014, Beschluss Nr. 71 vom 20.01.2015, Beschluss Nr. 45 vom 19.01.2016, Beschluss Nr. 1456 vom 20.12.2016 und Beschluss Nr. 123 vom 31.01.2017)

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

37)Art. 20 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#).

## Art. 21 (Maßnahmen betreffend die finanziellen Leistungen - Zuständiges Organ)

**(1)**Der Direktor der Landesabteilung Familie und Sozialwesen trifft die Maßnahme, mit welcher die Leistung gewährt wird. [38\)](#)

38)Art. 21 wurde zuerst durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#), und dann durch Art. 4 Absatz 6 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1](#), so ersetzt.

## Art. 22 (Maßnahme im Zusammenhang mit dem Begleitungsgeld für minderjährige Invaliden)

**(1)** Die Maßnahme, mit der das Begleitungsgeld für minderjährige Zivilinvaliden gewährt wird, hat den Tag anzugeben, an dem sie ihre Wirksamkeit verliert; dieser Tag muß mit dem Letzten des Monats übereinstimmen, in dem der Invalide das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Auszahlung der Leistung wird vom zuständigen Landesamt jedes Jahr für die jeweils folgenden 12 Monate angeordnet; zu diesem Zweck ist die in Artikel 16 angegebene Bestätigung einzureichen. [39\)](#)

39)Art. 22 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#).

## Art. 23 (Kommissionen Zusammensetzung nach dem Proporz Entgelte)

**(1)** Die Zusammensetzung der Sanitäts- und der Verwaltungskommission, die in den Artikeln 10 und 21 vorgesehen sind, muß dem Sprachgruppenverhältnis gemäß letzter allgemeiner Volkszählung entsprechen, vorbehaltlich der Zugangsmöglichkeit für die ladinische Sprachgruppe. [40\)](#)

(2) [41\)](#)

40) Absatz 1 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9.](#)

41) Absatz 2 wurde aufgehoben durch Art. 30 des [L.G. vom 13. Jänner 1992, Nr. 1.](#)

## Art. 24 (Berufung gegen die Maßnahme)

---

**(1)** Gegen die Maßnahme im Sinne von Artikel 21 kann der Betroffene innerhalb von dreißig Tagen nach Erhalt der Verständigung beim Landesausschuß Berufung einlegen; dieser holt beim zuständigen Amt der Landesverwaltung und beim entsprechenden Verband ein Gutachten ein und entscheidet endgültig.

## Art. 25 (Rechtsschutz)

---

**(1)** Gegen die in den Artikeln 14 und 24 genannten endgültigen Maßnahmen kann im Sinne der drei im Artikel 1 genannten Gesetze durch die zuständigen ordentlichen und Verwaltungsgerichte Rechtsschutz in Anspruch genommen werden.

## Art. 26 [42\)](#)

---

42) Aufgehoben durch Art. 2 Absatz 9 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9.](#)

## Art. 27 (Ausweis)

---

**(1)** Den Empfängern von in diesem Gesetz vorgesehenen Renten, Monatsgeldern oder anderen Zuwendungen stellt das zuständige Landesassessorat einen entsprechenden Ausweis aus; darin müssen aufscheinen: die Nummer, unter welcher der Inhaber eingetragen ist, seine Personalien, die Kategorie, der er angehört, der Zeitpunkt, ab welchem die Leistungen erbracht werden, und die wichtigsten Angaben über die Maßnahme, mit der ihm die Leistungen zugesprochen worden sind.

**(2)** Im Ausweis sind außerdem - an dafür vorgesehenen Stellen - Lichtbild und Unterschrift des Bezugsberechtigten anzubringen, die beide mit Stempel und Unterschrift des Gemeindegemeindeführers oder eines anderen vom Bürgermeister der Wohngemeinde beauftragten Beamten zu beglaubigen sind.

## Art. 28 (Zahlungsweise)

---

**(1)** Die Auszahlung an die Bezugsberechtigten erfolgt in der vom Landesgesetz vom 17. Februar 1966, Nr. 3, [43\)](#) vorgesehenen Weise, und zwar alle zwei Monate im Januar, März, Mai, Juli, September und November jeweils am Achtundzwanzigsten.

**(2)** Die Landesregierung ist befugt, die monatlichen Auszahlungen der Leistungen anzuordnen und die entsprechende Verfahrensweise festzulegen.

**(3)** Ist ein Bezugsberechtigter dauerhaft in einer Institution zur Betreuung oder Pflege untergebracht, für welche der Tagessatz zu bezahlen ist, kann die Auszahlung der Leistungen mit Einwilligung des Bezugsberechtigten oder, falls dieser nicht zurechnungsfähig ist, mit Einwilligung der nächsten Verwandten direkt an diese Einrichtung erfolgen. [44\)](#)



Beschluss vom 30. Juni 2015, Nr. 796 - Änderung der Zahlungsweise der finanziellen Leistungen für Zivilinvalide, Zivilblinde und Gehörlose im Sinne des Landesgesetzes vom 21.8.1978, Nr. 46, in geltender Fassung. Widerruf des Beschlusses der Landesregierung Nr. 4070 vom 17.11.2003

43) Aufgehoben durch Art. 48 Absatz 1 Buchstabe a) des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4; siehe Art. 54/bis des [L.G. vom 29. Jänner 2002, Nr. 1](#).  
 44) Art. 28 wurde ersetzt durch Art. 40 des [L.G. vom 3. Mai 1999, Nr. 1](#).

## Art. 29 (Angaben auf den Postanweisungen)

**(1)** Aus den Postkontokorrentanweisungen müssen ersichtlich sein: die Personalien und die Anschrift des Bezugsberechtigten, die im Ausweis angeführte Nummer, die auszahlenden Nettobeträge und gegebenenfalls die Personalien des rechtmäßigen Vertreters oder des Behebungsbevollmächtigten sowie die wichtigsten Angaben über die Maßnahme, mit der die Leistungen zugesprochen worden sind.

## Art. 30 (Behebung der Raten)

**(1)** Der rechtmäßige Vertreter oder der zur Behebung Bevollmächtigte hat zu quittieren; mit der Quittungsunterschrift wird auch erklärt, daß der Anspruchsberechtigte am Leben ist.

**(2)** Ist der Anspruchsberechtigte vorstorben, so werden die fälligen und nicht behobenen Raten dem Erben gegen Vorweis des Totenscheines und einer Bescheinigung über den Umstand, daß er Erbe des Anspruchsberechtigten ist, ausgezahlt.

**(3)** Falls der Tod nach Anerkennung der Behinderung und vor der Anordnung der finanziellen Leistungen eintritt, hat der Erbe Anspruch auf die am Todestag fälligen Raten.

**(4)** Noch nicht fällige Raten der im vorhinein erhaltenen Monatsbezüge dürfen nicht zurückverlangt werden, es sei denn, dies könnte durch direkten Einbehalt bei etwaigen anderen Zahlungen, die dem Anspruchsberechtigten oder seinen Rechtsnachfolgern aus irgendeinem Grunde zustehen, erfolgen.

**(5)** Die Auszahlung der Leistungen, die den Minderjährigen zustehen, erfolgt an die in Artikel 16 Absatz 1 erwähnte Person, die die elterliche Gewalt ausübt. [45\)](#)



Corte costituzionale - Ordinanza N. 341 del 24.03.1988 - Liquidazione del trattamento pensionistico di invalidità - Pretesa degli eredi

45) Art. 30 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#).

## Art. 31 (Fortbestand der Voraussetzungen - etwaiger Widerruf)

**(1)** Der Anspruchsberechtigte oder sein gesetzlicher Vertreter muß dem zuständigen Landesamt unverzüglich jede Änderung in Zusammenhang mit den für die Zahlung der Leistungen vorgeschriebenen Voraussetzungen mitteilen; die Landesverwaltung kann jederzeit von Amts wegen prüfen, ob die genannten Voraussetzungen noch gegeben sind.

**(2)** Wird festgestellt, daß die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, werden die Leistungen nach dem Verfahren laut Artikel 21 widerrufen: ergeben sich dabei Verzögerungen, so setzt der Leiter des Amtes die Zahlung vorsorglich aus, sobald er die Mitteilung des Betroffenen gemäß Absatz 1 oder die entsprechende Mitteilung von Amts wegen erhalten hat.

**(3)** Der Widerruf wirkt vom ersten Tag eines der in Artikel 28 genannten Monate an, der auf die Zahlungsaussetzung folgt, oder - wenn keine Zahlungsaussetzung erfolgt ist - vom Tag an, an dem die entsprechende Maßnahme erlassen wurde; der Widerruf kann im Sinne dieses Gesetzes angefochten werden.

**(4)** Das zuständige Landesamt kann jederzeit verlangen, daß der Betreute Unterlagen vorlegt, aus denen hervorgeht, daß ein Anspruch auf die Leistungen besteht; in diesem Fall kann der Leiter des Amtes die Zahlung der Leistungen vorsichtshalber aussetzen. Legt der Betreute die angeforderten Unterlagen nicht innerhalb von 40 Tagen vor, erläßt das Amt gemäß Artikel 15 Absatz 3 eine Mahnung und veranlaßt den Widerruf der Leistung vom Zeitpunkt der Aussetzung derselben an.



**(5)** Wird nach verfügbarer Aussetzung der Zahlung der finanziellen Leistungen festgestellt, daß der Betreute weiterhin Anspruch auf dieselben hat, so werden ihm die ausstehenden Beträge gezahlt. [46\)](#)



Beschluss vom 19. Juli 2010, Nr. 1235 - Revisionsvisiten zur Überprüfung der gesundheitlichen Voraussetzungen von Zivilinvaliden, die Inhaber finanzieller Leistungen sind (abgeändert mit Beschluss Nr. 681 vom 07.05.2012)

46)Art. 31 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9.](#)

## Art. 31/bis (Eintreibung unrechtmäßig bezogener Beträge)

---

**(1)** Werden Leistungen aufgrund von Amts wegen erfolgter Untersuchungen widerrufen oder wurden sie auf Grund nicht wahrheitsgetreuer Erklärungen gezahlt, wird mit der Erklärung über den Widerruf festgelegt, daß die bezogenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen von dem Zeitpunkt an eingetrieben werden, an dem die allgemeinen oder finanziellen Voraussetzungen weggefallen sind; in allen anderen Fällen werden die gezahlten Leistungen nicht eingetrieben.

**(2)** Leistungen werden ebenso nicht eingetrieben, wenn der Empfänger ein Nettomonatseinkommen von weniger als 200% des zur Befriedigung der Grundbedürfnisse erforderlichen Betrages bezieht, der im Sinne des [Landesgesetzes vom 26. Oktober 1973, Nr. 69,](#) festgesetzt wurde; dies muß von den Grundfürsorgekörperschaften bestätigt werden.

**(3)** Der Betroffene kann die zu erstattenden Beträge in jedem Fall bis zu zwei Jahre in Raten zahlen; dies wird auf seine Anfrage hin mit Verfügung des Amtsdirektors erlaubt. [47\)](#)

47)Art. 31/bis wurde eingefügt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9.](#)

## Art. 32 (Vollendung des 65 Lebensjahres Sozialrente)

---

**(1)** Die den Zivilinvaliden im Sinne von Artikel 3 Ziffern 1 und 2 erbrachten Leistungen hören mit dem Monatsersten nach dem Tag auf, an dem der Empfänger das 65. Lebensjahr vollendet hat. Das zuständige Amt der Landesverwaltung teilt diesen Termin der Bozner Geschäftsstelle des Nationalinstituts für Soziale Fürsorge mindestens sechs Monate vor der Fälligkeit mit, damit die für die Zuerkennung der Sozialrente, für welche die genannte Körperschaft zuständig ist, nötigen Schritte unternommen werden können. [48\)](#)

48)Art. 32 wurde geändert durch Art. 2 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29.](#)

## II. TITEL Bestimmungen gesundheitlicher Art

---

### Art. 33 (Berechtigte)

---

**(1)** Die in diesem Titel vorgesehenen Fürsorgeleistungen gesundheitlicher Art sind im Sinne von [D.P.R. vom 28. März 1975, Nr. 474,](#) vorgesehen

- a) für die Behinderten im Sinne von Artikel 5,
- b) für Zivilinvaliden, deren Arbeitsfähigkeit um mindestens ein Drittel bleibend vermindert ist, oder die - falls sie noch nicht 18 Jahre alt sind - nicht nur vorübergehend Schwierigkeiten haben, ihrem Alter entsprechende Aufgaben und Handlungen auszuführen.

**(2)** Hinsichtlich der Organe und der Verfahren für die Feststellung des Gesundheitszustandes werden die Bestimmungen des I. Titels angewandt.

**(3)** Bei Invaliden im Sinne des Buchstaben b) stellt die in Artikel 10 genannte Sanitätskommission den Gesundheitszustand nur im Hinblick auf die in diesem Titel vorgesehenen Fürsorgeleistungen fest. Um diese zu erwirken, haben die Betroffenen ein Gesuch an das Landesassessorat für Gesundheitswesen zu richten, dem Belege dafür beizufügen sind, daß die in Artikel 4 vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt sind. [49\)](#)

49)Art. 33 wurde ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 1. August 1980, Nr. 29](#).

## Art. 34 (Gesundheitliche Betreuung) [50\)](#)

---

**(1)** Bis zur Einführung des staatlichen Gesundheitsdienstes in der Provinz Bozen sorgt die Landesverwaltung über den sachzuständigen Landesrat für die Bereitstellung von Prothesen und für die spezifische gesundheitliche Betreuung der Zivilversehrten und -invaliden und weist sie gegebenenfalls in Rehabilitierungszentren im Land oder - allerdings nur dann, wenn dies erwiesenermaßen notwendig ist - in solche außerhalb des Landes ein.

**(2)** Die Landesverwaltung sorgt über den sachzuständigen Landesrat auch für die allgemeine ärztliche Betreuung, für die Bereitstellung von Arzneimitteln, für die fachärztliche und die Krankenhausbetreuung der Zivilversehrten und -invaliden, wenn diese Betreuung nicht durch Krankenkassen und Versicherungsanstalten erfolgt.

**(3)** Die spezifische gesundheitliche Betreuung kann entweder zu Hause oder ambulant, nur tagsüber oder auch im Wege der Internierung erfolgen.

**(3/bis)** Sind für die Rehabilitation Prothesen besonders dringend nötig, so können diese auch vor der Ausstellung der Bescheinigung über den Gesundheitszustand dem Antragsteller geliefert werden, wenn er mit einer Erklärung des Arztes, der ihm die Prothesen verordnet hat, seinen Anspruch nachweisen kann. [51\)](#)

**(4)** Unbeschadet des in Artikel 11 des [D.P.R. vom 28. März 1975, Nr. 474](#), festgelegten Grundsatzes kann der Landesausschuß zum Zweck der in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Betreuung mit Universitätskliniken, mit Krankenhäusern, mit öffentlichen und privaten Körperschaften, Vereinigungen und Einrichtungen, die geeignete sozialmedizinische Zentren führen, Abkommen treffen; diese Einrichtungen müssen der Aufsicht der gebietszuständigen Sanitätsbehörde unterstellt sein und angemessene Leistungen in erzieherischer, medizinisch-psychologischer und sozialer Hinsicht erbringen; weiters kann der Landesausschuß, wenn dies zur Versorgung mit Prothesen nötig ist, auch mit Freiberuflern, die zur Ausübung medizinischer Hilfsberufe bzw. Hilfsdienste der ärztlichen Betreuung befähigt sind, auf die erforderlichen Leistungen ausgerichtete Abkommen treffen.

**(5)** Zur Wahrung der ethnischen und kulturellen Eigenheiten der Zivilversehrten und -invaliden der deutschen oder der ladinischen Volksgruppe, die im Sinne von Absatz 1 in Rehabilitierungszentren außerhalb des Landes entsandt werden sollen, kann der Landesausschuß Abkommen auch mit ausländischen Rehabilitierungszentren treffen, wenn diese die vom vorliegenden Absatz vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen.

**(6)** Die Bestimmungen der vorhergehenden Absätze gelten, soweit anwendbar, auch in Hinsicht auf die Zivilblinden und die Gehörlosen [2\)](#).

**(7)** Art und Grenzen der in diesem Artikel vorgesehenen gesundheitlichen Betreuung werden mit Durchführungsverordnung festgelegt.

50)Siehe Art. 46 des [L.G. vom 30. Juni 1983, Nr. 20](#).

51)Eingefügt durch Art. 46 des [L.G. vom 30. Juni 1983, Nr. 20](#).

2)Der Ausdruck „taubstumm“ wurde mit den Ausdruck „gehörlos“ durch Art. 1 Absatz 2 des [L.G. vom 21. August 1978, Nr. 46](#), bzw. durch Art. 44 Absatz 1 des L.G. vom 10. Juni 2008, Nr. 4, ersetzt.

## Art. 35 (Rehabilitierungszentren)

---

**(1)** Der Landesausschuß hat in den von diesem Gesetz vorgesehenen Grenzen die Befugnis, öffentlichen Körperschaften und privaten juristischen Personen, die keine Gewinnabsichten verfolgen, Beiträge für den Bau, die Umgestaltung, die Erweiterung, die Anlage und Verbesserung der Einrichtungen von Rehabilitierungszentren sowie anderer Anstalten mit therapeutischen Zielsetzungen - wie Heimen, Pensionaten, Wohngemeinschaften und dergleichen - zu gewähren.

### III. TITEL

## Übergangs- und Schlußbestimmungen

---

### Art. 36 (Übergangsbestimmungen)

---

- (1)** Die Bestimmungen dieses Gesetzes werden mit 1. November 1978 wirksam. In der Provinz Bozen ansässige Personen, die zu diesem Zeitpunkt Empfänger von Leistungen aufgrund der in Artikel 1 angeführten Staatsgesetze sind, haben von diesem Tag an Anspruch auf die entsprechenden Leistungen, wie sie in diesem Gesetz vorgesehen sind; in diesem Zusammenhang müssen sie keine Schritte unternehmen.
- (2)** Um es zu ermöglichen, daß die Gelder ohne Unterbrechung weitergezahlt werden, erhält das zuständige Amt der Landesverwaltung von den staatlichen Ämtern vor diesem Zeitpunkt die Verzeichnisse der Empfänger und die entsprechenden Personalakten.
- (3)** Verlegt der Antragsteller oder der Empfänger einer der in diesem Gesetz vorgesehenen Fürsorgeleistungen seinen Wohnsitz in eine andere Provinz, so übermittelt das Land Südtirol die erforderlichen Unterlagen den zuständigen Stellen und widerruft die Leistungen mit Wirkung vom ersten Tag des Zweimonatszeitraumes an, der auf die entsprechende Mitteilung folgt. [52\)](#)
- (4)** Personen, die auf Grund von staatlichen Rechtsvorschriften Fürsorgeleistungen beantragt haben oder beziehen und ihren Wohnsitz nach Südtirol verlegen, haben Anspruch auf die in diesem Gesetz vorgesehenen Fürsorgeleistungen - sofern sie ihnen zustehen -, und zwar vom ersten Tag des auf die Verlegung des Wohnsitzes folgenden Monats an. Die in Artikel 21 genannte Kommission trifft zugunsten dieser Empfänger alle Maßnahmen in Zusammenhang mit den eventuell zustehenden Fürsorgeleistungen; der Betroffene muß die gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen sowie eine Sammelbescheinigung über Geburt, Staatsbürgerschaft und Wohnsitz vorlegen, sobald das zuständige Landesamt von der entsprechenden Präfektur die nötigen Unterlagen erhalten hat. [52\)](#)
- (5)** Wer am 1. November 1978 Empfänger der vom Land ausgezahlten Fürsorgeleistungen im Sinne des [Landesgesetzes vom 9. August 1975, Nr. 38](#), ist, erhält nach diesem Tag die in Artikel 3 Ziffer 7 dieses Gesetzes genannte Ergänzungszulage.
- (6)** Abweichend von den in Artikel 5 enthaltenen Bestimmungen erhalten die Blinden, die im genannten Zeitpunkt eine Leibrente nach Artikel 19 des Gesetzes vom 10. Februar 1962, Nr. 66, in geltender Fassung, beziehen, diese weiterhin zu Lasten des Landeshaushalts.
- (7)** Gesuche und Rekurse, die vor dem 1. November 1978 bei staatlichen Stellen eingereicht und noch nicht erledigt worden sind, werden nach diesem Zeitpunkt vom zuständigen Amt der Landesverwaltung übernommen und den im Sinne dieses Gesetzes zuständigen Organen zur Entscheidung übergeben.
- (8)** Die Bestimmungen der Artikel 8 und 20 Absatz 2 gelten ab 1. Jänner 1979.

52)Die Absätze 3 und 4 wurden ersetzt durch Art. 1 des [L.G. vom 25. Oktober 1989, Nr. 9](#).

### Art. 36/bis (Zuständiges Personal für die Kommissionen zur Feststellung der Invalidität)

---

- (1)** Das zuständige Landespersonal, das die Verwaltungsaufgaben der Landeskommission zur Feststellung der Invalidität ausübt, kann innerhalb von 30 Tagen ab dem Datum der entsprechenden Verwaltungsmaßnahme der Landesregierung wählen, im Dienste der Landesverwaltung zu bleiben.
- (2)** Die Einstufung des versetzten Verwaltungspersonals erfolgt unter Gewährleistung der bezogenen wirtschaftlichen Behandlung, ausgenommen eventuelle Zulagen, die mit bestimmten ausgeführten Funktionen zusammenhängen. [53\)](#)

53)Art. 36/bis wurde eingefügt durch Art. 3 des [L.G. vom 8. April 1998, Nr. 3](#).

## Art. 37 (Abschaffung)

---

(1) Mit Wirkung vom 1. November 1978 sind die Artikel 1, 2, 3, 4, 5 und 6 des [Landesgesetzes vom 9. August 1975, Nr. 38](#), das [Landesgesetz vom 19. Jänner 1978, Nr. 10](#), sowie alle anderen Rechtsvorschriften des Landes, die zu diesem Gesetz im Widerspruch stehen, abgeschafft.

## Art. 38-39 <sup>54)</sup>

---

Dieses Gesetz wird im Amtsblatt der Region kundgemacht. Jeder, den es angeht, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und dafür zu sorgen, daß es befolgt werde.

54)Omissis.

## a) Legge provinciale 21 agosto 1978, n. 46<sup>1)</sup> Provvedimenti concernenti gli invalidi civili, i ciechi civili e i sordi<sup>2)</sup>

1) Pubblicata nel B.U. 26 settembre 1978, n. 47.

2) Il termine „sordomuto” è stato sostituito dalla parola „sordo” dall'art. 1, comma 2, della [L.P. 21 agosto 1978, n. 46](#), ossia dall'art. 44, comma 1, della [L.P. 10 giugno 2008, n. 4](#).

### TITOLO I

## Assistenza sociale ai minorati civili, ai sensi dell'articolo 38, primo comma, della Costituzione, e dell'articolo 4 del [D.P.R. 28 marzo 1975, n. 469](#).

---

### Art. 1 (Campo d'azione)

---

(1) In applicazione dell'articolo 4 del [D.P.R. 28 marzo 1975, n. 469](#), le disposizioni del presente titolo sostituiscono, nella provincia di Bolzano, le leggi 26 maggio 1970, n. 381, 27 maggio 1970, n. 382, e 30 marzo 1971, n. 118, e successive modifiche ed integrazioni, per tutto quanto riguarda le prestazioni di assistenza economica.

(2) In tutte le vigenti norme provinciali il termine "sordomuto" è sostituito con la parola "sordo" e il termine "sordomutismo" è sostituito con la parola "sordità". [3\)](#)

3) L'art. 1, comma 2, è stato aggiunto dall'art. 44, comma 1, della [L.P. 10 giugno 2008, n. 4](#).

### Art. 2 (Aventi diritto)

---

(1) Hanno diritto alle prestazioni economiche, alle condizioni che saranno precisate nei successivi articoli, in considerazione delle specifiche esigenze derivanti dalle rispettive minorazioni:

- a) gli invalidi civili;
- b) i ciechi civili;
- c) i sordomuti.



T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 28 del 26.01.2006 - Pensione di invalidità civile - accertamento sanitario - controversia - giurisdizione giudice ordinario

### Art. 3 (Prestazioni)

---

(1) Le prestazioni economiche sono:

1. la pensione per invalidi civili assoluti;
2. la pensione per invalidi civili parziali;
3. la pensione per ciechi civili assoluti;
4. la pensione per ciechi civili con residuo visivo;
5. la pensione per sordomuti;
6. l'indennità di accompagnamento per invalidi civili totalmente inabili;
7. assegno mensile per invalidi civili parziali minorenni; [4\)](#)
8. l'indennità di accompagnamento per ciechi civili assoluti;
9. l'assegno integrativo per ciechi civili assoluti e con residuo;
10. l'indennità speciale per ciechi con residuo visivo;


11. l'indennità di comunicazione per sordomuti.


**(2)** Le prestazioni di cui al presente articolo non sono reversibili.

**(3)** La prestazione di cui al punto 2) del comma 1 non è compatibile con le pensioni o assegni diretti di invalidità a qualsiasi titolo erogati dall'assicurazione generale obbligatoria per l'invalidità, vecchiaia e superstiti dei lavoratori dipendenti, dalle gestioni sostitutive, esonerative ed esclusive della medesima, nonché dalle gestioni speciali per i commercianti, gli artigiani, i coltivatori diretti, mezzadri e coloni, dalla gestione speciale minatori e con le prestazioni pensionistiche dirette di invalidità a qualsiasi titolo erogate da altre casse o fondi di previdenza, ivi compresi quelli dei liberi professionisti. [5\)](#)

**(4)** [5\)](#)

**(5)** La prestazione economica in forma di assegno mensile per invalidi civili parziali minorenni è incompatibile con l'erogazione dell'assegno di cura corrisposto ai sensi della [legge provinciale 12 ottobre 2007, n. 9. 6\)](#)

 Delibera 31 gennaio 2017, n. 123 - Determinazione dell'ammontare delle prestazioni economiche per invalidi civili, ciechi civili e sordi, e dei limiti di reddito previsti per le pensioni con decorrenza 1° gennaio 2017 - Legge provinciale del 21.8.1978, n. 46, nel testo vigente

 Delibera 19 luglio 2010, n. 1235 - Visite di revisione per l'accertamento dei requisiti sanitari di invalidi civili titolari di prestazioni economiche (modificata con delibera n. 681 del 07.05.2012)

4)Il numero 7) dell'art. 3, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 4, comma 1, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1.](#)

5)L'art. 3 è stato così sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9.](#) Il comma 4 è stato poi abrogato dall'art. 1 della [L.P. 13 agosto 1992, n. 31.](#)

6)L'art. 4, comma 5, è stato aggiunto dall'art. 4, comma 2, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1.](#)

## Art. 4 (Requisiti generali)

**(1)** Per l'accesso alle prestazioni è necessario avere i seguenti requisiti generali:

1. essere cittadini italiani;
2. risiedere in un comune della Provincia di Bolzano;
3. non fruire di pensioni di guerra o di pensioni per servizio, né di rendite per infortunio sul lavoro da parte di amministrazioni pubbliche a titolo della stessa minorazione per la quale si richiede la prestazione.

**(2)** Ai fini della concessione dei benefici di cui alla presente legge i cittadini di uno stato membro dell'Unione Europea sono parificati ai cittadini italiani, purché residenti sul territorio provinciale e in quanto esercitino o abbiano esercitato in Italia attività lavorativa subordinata o autonoma o siano familiari di un lavoratore dell'Unione comunitario. Questa condizione deve essere documentata con autocertificazione resa ai sensi della legge 4 gennaio 1968, n. 15. [2\)](#)

7)L'art. 4 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#), successivamente modificato dall'art. 3 della [L.P. 11 maggio 1990, n. 12](#), e dall'art. 11, comma 2, della [L.P. 17 novembre 2017, n. 21.](#)

## Art. 5 (Condizioni sanitarie in riferimento alle singole prestazioni)

**(1)** I richiedenti devono, inoltre, avere le minorazioni qui precisate in relazione alle singole prestazioni:

1. pensione per invalidi civili assoluti:
  - a) minorazioni congenite o acquisite, anche a carattere progressivo, o
  - b) irregolarità psichiche derivanti da oligofrenie di carattere organico o dismetabolico, o
  - c) insufficienze mentali derivanti da difetti sensoriali o funzionali, quando abbiano determinato una perdita permanente e assoluta della capacità lavorativa;
2. pensione per invalidi civili parziali: minorazioni descritte al precedente punto 1) che abbiano determinato una riduzione permanente della capacità lavorativa non inferiore al 74%;
3. pensione per ciechi civili assoluti:
  - a) cecità assoluta, intesa come mancanza totale della vista in entrambi gli occhi,
  - b) cecità assoluta: coloro che hanno la mera percezione dell'ombra e della luce o del moto della mano in entrambi gli occhi o nell'occhio

- migliore,
- c) cecità assoluta: coloro il cui residuo perimetrico binoculare è inferiore al 3 per cento,
4. pensione per ciechi civili con residuo visivo:
- a) possesso di un residuo visivo non superiore a 1/20 in entrambi gli occhi o nell'occhio migliore, anche con eventuale correzione,
- b) coloro il cui residuo perimetrico binoculare è inferiore al 10 per cento,
5. pensione per sordi: sordità congenita o acquisita durante l'età evolutiva, che abbia compromesso il normale apprendimento del linguaggio parlato, purchè la sordità non sia di natura esclusivamente psichica;
6. indennità di accompagnamento per invalidi civili totalmente inabili: minorazioni descritte al punto 1) del presente comma, che abbiano determinato l'impossibilità di deambulare senza l'aiuto permanente di un accompagnatore, oppure l'impossibilità di compiere gli atti quotidiani della vita, per cui derivi la necessità di un'assistenza continua;
7. assegno mensile per invalidi civili parziali minorenni; [8\)](#)
8. indennità di accompagnamento per ciechi civili assoluti: le condizioni descritte al punto 3) del presente comma;
9. assegno integrativo per ciechi civili: le condizioni descritte ai punti 3) o 4) del presente comma;
10. indennità speciale per ciechi con residuo visivo: le condizioni descritte al punto 4) del presente comma;
11. indennità di comunicazione per sordomuti: le condizioni descritte al punto 5) del presente comma.

**(2)** Ai soli fini dell'assistenza socio-sanitaria e della concessione dell'indennità di accompagnamento si considerano mutilati e invalidi i soggetti ultra 65, che abbiano difficoltà persistenti a svolgere i compiti e le funzioni proprie della loro età. [9\)](#)



T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 28 del 26.01.2006 - Pensione di invalidità civile - accertamento sanitario - controversia - giurisdizione giudice ordinario

8)Il numero 7 dell'art. 5, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 4, comma 3, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1](#).

9)L'art. 5 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#), e successivamente così modificato dall'art. 52 della [L.P. 15 novembre 2002, n. 14](#), e dall'art. 44, comma 2, della [L.P. 10 giugno 2008, n. 4](#).

## Art. 6 (Requisiti di età in riferimento alle singole prestazioni)

**(1)** I richiedenti devono possedere i seguenti requisiti di età per beneficiare delle varie prestazioni:

- a) per la pensione per invalidi civili assoluti: avere compiuto il 18° anno di età e non avere superato il 65°;
- b) per la pensione per invalidi civili parziali: non avere superato il 65° anno di età;
- c) per la pensione per sordomuti: avere superato il 18° anno di età.

**(2)** Per le altre prestazioni economiche previste dalla presente legge non sono stabiliti limiti di età minimi o massimi. [10\)](#)

**(3)** A decorrere dal 2013 il limite d'età per il conseguimento delle pensioni di cui al comma 1, lettere a) e b), è incrementato sulla base del meccanismo introdotto dall'articolo 12 del decreto- legge 31 maggio 2010, n. 78, convertito in legge, con modificazioni, dall'articolo 1, comma 1, della legge 30 luglio 2010, n. 122, che tiene in considerazione la speranza di vita, come rilevata dall'ISTAT. L'incremento è disposto con delibera della Giunta provinciale. [11\)](#)

**(4)** Per il periodo dal 1° gennaio 2013 al 31 dicembre 2015 il limite d'età è determinato in 65 anni e 3 mesi. [12\)](#)



Delibera 4 dicembre 2018, n. 1285 - Pensione per invalidi civili. Determinazione del limite d'età per il conseguimento delle pensioni per invalidi civili dal 01.01.2019 in 67 anni

10)L'art. 6 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 11 maggio 1990, n. 12](#).

11)L'art. 6, comma 3 è stato aggiunto dall'art. 26, comma 1, della [L.P. 20 dicembre 2012, n. 22](#).

12)L'art. 6, comma 4 è stato aggiunto dall'art. 26, comma 1, della [L.P. 20 dicembre 2012, n. 22](#).

## Art. 7 (Requisiti economici in riferimento alle singole prestazioni) [13\)](#)



**(1)** Per l'accesso alle singole prestazioni non devono essere superati i seguenti limiti di reddito personale annuo imponibile:

1. pensione per invalidi civili assoluti; pensione per ciechi civili assoluti; pensione per ciechi civili con residuo visivo; pensione per sordomuti 5.200.000
2. pensione per invalidi civili parziali; indennità di accompagnamento per invalidi civili parziali minorenni 2.500.000





**(1/bis)** Per i fini di cui al comma 1 il reddito di lavoro degli invalidi civili parziali è ridotto del 50 per cento.

**(2)** Ai fini dell'accertamento dei requisiti economici di cui al comma 1, il reddito di riferimento, in relazione alle prestazioni da erogare dall'1 gennaio al 31 maggio di ogni anno, è quello di due anni prima dell'anno di erogazione delle prestazioni; per le prestazioni da erogare dall'1 giugno al 31 dicembre di ogni anno si considera, invece, il reddito percepito nell'anno precedente all'anno di erogazione.

**(3)** Per tutte le altre prestazioni economiche previste dalla presente legge non sono stabiliti limiti di reddito, essendo esse disposte al solo titolo della minorazione.

**(4)** [14\)](#)

**(5)** Qualora lo Stato, nell'ambito del proprio ordinamento assistenziale, modifichi con legge i requisiti economici previsti per le prestazioni statali corrispondenti a quelle della presente legge, la Giunta provinciale adotterà con propria deliberazione i requisiti stessi ai fini dell'applicazione della presente legge, con la medesima decorrenza. [15\)](#)

-  Delibera 31 gennaio 2017, n. 123 - Determinazione dell'ammontare delle prestazioni economiche per invalidi civili, ciechi civili e sordi, e dei limiti di reddito previsti per le pensioni con decorrenza 1° gennaio 2017 - Legge provinciale del 21.8.1978, n. 46, nel testo vigente
-  Delibera 12 marzo 2012, n. 374 - L.P. 46/78 - Concessione delle pensioni incrementate agli invalidi civili, ciechi civili e sordi - Determinazione dei nuovi limiti di reddito 2012 ai sensi della legge 28.12.2001, n. 448, art. 38 - Modifica del 1° comma dell'articolo 4 del Titolo II delle direttive allegato alla delibera n. 2732 del 29.7.2002, relative alla determinazione del reddito personale da considerare.
-  Delibera 12 marzo 2012, n. 373 - Determinazione dei nuovi limiti di reddito 2012 per le pensioni di invalidi civili, ciechi civili e sordi e per l'ammontare delle indennità di accompagnamento di invalidi civili e ciechi civili assoluti, dell'indennità speciale per ciechi parziali nonché dell'indennità di comunicazione per sordi con decorrenza 1° gennaio 2012 - Legge provinciale del 21.8.1978, n. 46. - Revoca della deliberazione n. 126 del 31.1.2011
-  Delibera 29 luglio 2002, n. 2732 - Direttive relative alla determinazione del reddito personale da considerare ai fini della concessione delle pensioni di invalidità, cecità e sordomutismo civile, ai sensi della legge provinciale 21.08.1978, n. 46 e articolo 38 della l. 28.12.2001 n. 448 (modificata con delibera n. 1742 del 29.05.2003, delibera n. 313 del 2.2.2004, delibera n. 228 del 08.02.2010, delibera n. 125 del 31.01.2011, delibera n. 374 del 12.03.2012, delibera n. 105 del 21.01.2013, delibera n. 116 del 04.02.2014, delibera n. 71 del 20.01.2015, delibera n. 45 del 19.01.2016, delibera n. 1456 del 20.12.2016 e delibera n. 123 vom 31.01.2017)

13) Gli importi attuali sono riportati nella delibera della Giunta provinciale 8 febbraio 2010, n. 229.

14) L'art. 7, comma 4, è stato abrogato dall'art. 4, comma 4, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1](#).

15) L'art. 7 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 1 agosto 1980, n. 29](#), e successivamente modificato dall'art. 5 della [L.P. 7 agosto 1986, n. 22](#), dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#), dall'art. 40 della [L.P. 3 maggio 1999, n. 1](#), dall'art. 20 della [L.P. 8 aprile 2004, n. 1](#), e dall'art. 4 della [L.P. 18 ottobre 2006, n. 11](#).

## Art. 8 (Variazione annuale dei requisiti economici)

**(1)** I limiti di reddito indicati nel precedente articolo sono annualmente rivalutati secondo gli indici di valutazione adottati dallo Stato per la variazione annuale dei limiti di reddito richiesti per l'accesso alle corrispondenti prestazioni assistenziali statali. Della rivalutazione annuale dei limiti di reddito è data pubblicità mediante comunicato alle associazioni rappresentative di categoria, ai patronati di assistenza sociale, alla stampa e ad altri mezzi di informazione locali. [16\)](#)

16) L'art. 8 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 1 agosto 1980, n. 29](#), e successivamente integrato dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## Art. 9 (Domanda e certificazioni)

**(1)** La domanda per le varie prestazioni di cui alla presente legge, redatta in carta libera e sottoscritta dall'interessato o dall'esercente della potestà genitoriale o dal tutore, va inviata alla commissione sanitaria prevista nel successivo articolo 10 e deve contenere la



dichiarazione che l'infermità invalidante non è dipendente da cause di guerra, di lavoro o di servizio.

Alla domanda vanno unite rispettivamente le seguenti certificazioni:

- a) invalidi civili: certificato anagrafico cumulativo di nascita, residenza e cittadinanza e certificazione medica la cui tipologia sarà determinata dalla Giunta provinciale con propria delibera;
- b) ciechi civili: certificato anagrafico cumulativo di nascita, residenza e cittadinanza e un certificato di un medico oculista che indichi la diagnosi e l'eventuale residuo visivo con relativa correzione;
- c) sordomuti: certificato anagrafico cumulativo di nascita, residenza e cittadinanza e un certificato di un medico otorinolaringoiatra che attesti la specifica minorazione sensoriale.

Le domande incomplete degli elementi suddetti saranno respinte dall'ufficio competente, che informa il richiedente sugli errori o le incompletezze rilevate e sulla possibilità di presentare una nuova domanda. [17\)](#)

**(2)** Le domande dirette al conseguimento di una delle prestazioni economiche previste all'articolo 3 si intendono automaticamente rivolte a conseguire tutte le prestazioni economiche, previste nello stesso articolo, cui il richiedente possa avere diritto. [18\)](#)

17) Articolo sostituito dall'art. 1 della [L.P. 7 agosto 1986, n. 22](#), e successivamente modificato dall'art. 8 della [L.P. 7 novembre 1988, n. 42](#).

18) Il comma 2 è stato aggiunto dall'art. 2 della [L.P. 11 maggio 1990, n. 12](#).

## Art. 10 (Commissioni sanitarie)



**(1)** Presso ciascuna Azienda speciale Unità sanitaria locale è istituita una commissione sanitaria per l'accertamento dell'invalidità civile.

**(2)** Presso l'Azienda speciale Unità sanitaria Centro-Sud è istituita la commissione sanitaria multizonale per le revisioni sanitarie degli invalidi civili. Tale commissione è competente per le revisioni straordinarie, disposte periodicamente dalla Giunta provinciale, al fine di verificare se gli invalidi civili continuano a presentare i requisiti richiesti.

**(3)** Presso l'Azienda speciale Unità sanitaria Centro-Sud sono istituite le commissioni sanitarie multizonali per l'accertamento rispettivamente della cecità civile e del sordità [19\)](#). Le stesse sono anche competenti per le relative revisioni sanitarie.

**(4)** Le commissioni sanitarie di cui ai commi 1, 2 e 3 durano in carica tre anni e sono composte da tre membri ciascuna. Per ciascun componente effettivo sono nominati, con gli stessi modi e gli stessi criteri, uno o più membri supplenti. Il presidente è scelto preferibilmente fra i medici dipendenti del servizio sanitario provinciale. [20\)](#)

**(5)** Uno dei membri della commissione sanitaria per l'accertamento dell'invalidità civile deve essere specialista in neurologia o psichiatria o un medico in servizio presso istituzioni neurologiche o psichiatriche pubbliche. Uno dei membri è proposto dalle associazioni dei mutilati ed invalidi civili più rappresentative a livello provinciale.


**(6)** Uno dei membri della commissione sanitaria multizonale per le revisioni sanitarie degli invalidi civili deve essere medico specialista in ortopedia o specialista in neurologia o psichiatria o un medico in servizio presso istituzioni neurologiche o psichiatriche pubbliche. Uno dei membri è proposto dalle associazioni dei mutilati ed invalidi civili più rappresentative a livello provinciale.


**(7)** Due membri della commissione multizonale per l'accertamento della cecità civile devono essere specialisti in oculistica. Uno dei membri è designato dalla Sezione provinciale dell'Unione italiana ciechi (U.I.C.).


**(8)** Due membri della commissione multizonale per l'accertamento del sordità [19\)](#) devono essere specialisti in otorinolaringoiatria. Uno dei membri è designato dalla Sezione provinciale dell'Ente nazionale sordomuti (E.N.S.).

**(9)** Le commissioni sanitarie esercitano le competenze delle commissioni statali di cui alle leggi 26 maggio 1970, n. 381, 27 maggio 1970, n. 382, e 30 marzo 1971, n. 118, e successive modifiche.

**(10)** Per le funzioni di cui all'articolo 4 della legge 5 febbraio 1992, n. 104, le commissioni sanitarie sono integrate da un operatore sociale e da un esperto nei casi da esaminare e accertano la sussistenza dell'handicap, la situazione di gravità della persona in situazione di handicap, nonché la capacità lavorativa e relazionale. [21\)](#)

 Delibera 26 marzo 2012, n. 474 - Tessera per persone con invalidità civile

 T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 28 del 26.01.2006 - Pensione di invalidità civile - accertamento sanitario - controversia - giurisdizione giudice ordinario

 T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 502 del 29.11.2003 - Invalidità civile - determinazione di handicap - controversie - giurisdizione del giudice ordinario

19) Il termine „sordomutismo” è stato sostituito dalla parola „sordità” dall'art. 1, comma 2, della [L.P. 21 agosto 1978, n. 46](#), ossia dall'art. 44, comma 1, della [L.P. 10 giugno 2008, n. 4](#).

20) L'art. 10, comma 4, è stato così sostituito dall'art. 30, comma 1, della [L.P. 24 settembre 2019, n. 8](#).

21) L'art. 10 è stato sostituito dall'art. 53 della [L.P. 5 marzo 2001, n. 7](#).

## Art. 10/bis (Mancata presentazione alla visita di revisione)

---

**(1)** La mancata presentazione alla visita di revisione per due volte consecutive, senza giustificato motivo, è da intendersi quale ammissione dell'insussistenza dei requisiti da parte degli interessati e comporta la revoca immediata delle prestazioni economiche di cui all'articolo 3, da effettuarsi a cura dell'ufficio provinciale competente. [22\)](#)

22) L'art. 10/bis è stato inserito dall'art. 53 della [L.P. 5 marzo 2001, n. 7](#).

## Art. 11 (Accertamento sanitario)

---

**(1)** La commissione sanitaria, attraverso la sezione competente, accerta rispettivamente:

1. per gli invalidi civili: la causa invalidante; il grado di minorazione; l'eventuale inabilità assoluta degli invalidi civili, la loro impossibilità di deambulazione autonoma senza l'aiuto permanente di un accompagnatore o l'impossibilità di compiere gli atti quotidiani della vita, per cui derivi la necessità di un'assistenza continua.

Negli accertamenti relativi agli invalidi civili la commissione sanitaria di cui all'articolo 10 applicherà la tabella indicativa delle percentuali di invalidità di cui all'articolo 2 della legge 11 febbraio 1980, n. 18, e le successive eventuali modifiche e variazioni.

- A) per i ciechi civili: il residuo visivo in uno o in entrambi gli occhi con eventuale correzione ovvero la cecità assoluta;
- B) per i sordomuti: l'esistenza del sordità [19\)](#) non dovuta a causa di natura esclusivamente psichica. [23\)](#)

19) Il termine „sordomutismo” è stato sostituito dalla parola „sordità” dall'art. 1, comma 2, della [L.P. 21 agosto 1978, n. 46](#), ossia dall'art. 44, comma 1, della [L.P. 10 giugno 2008, n. 4](#).

23) L'art. 11 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 1 agosto 1980, n. 29](#).

## Art. 12 (Procedura della commissione)

---

**(1)** La commissione, qualora la documentazione allegata alla domanda non certifichi una minorazione che per natura e per grado rientri nelle previsioni di cui all'articolo 5, non fa luogo alla visita di accertamento e respinge, con provvedimento motivato, la domanda intesa alle prestazioni economiche. In tutti gli altri casi procede alla visita mediante convocazione dell'interessato.

**(2)** Nel caso di intrasportabilità non temporanea, documentata con certificazione medica, la commissione può autorizzare la visita a domicilio. La commissione, esaminato il certificato medico, può delegare volta per volta uno dei suoi componenti ad effettuare la visita a domicilio. In tal caso spetta alla commissione medesima deliberare l'accertamento della minorazione, sulla base delle risultanze della visita e della relazione del medico delegato.

**(3)** La mancata e ingiustificata presentazione dell'interessato alla visita per due volte è da intendersi quale esplicita rinuncia e l'ufficio competente procede all'archiviazione definitiva della pratica. [24\)](#)

**(4)** Le domande per la valutazione dell'aggravamento dell'invalidità e delle condizioni visive sono prese in esame dalle competenti

commissioni a condizione che siano corredate da una documentazione sanitaria che comprovi le modificazioni del quadro clinico preesistente. Qualora sia stato prodotto ricorso gerarchico avverso il giudizio della commissione preposta all'accertamento dell'invalidità e delle condizioni visive, le domande di aggravamento sono prese in esame soltanto dopo la definizione del ricorso stesso. [25\)](#)

24) L'art. 12 è stato modificato dall'art. 3 della [L.P. 7 agosto 1986, n. 22](#), e dall'art. 10 della [L.P. 7 novembre 1988, n. 42](#).

25) Il comma 4 è stato aggiunto dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## Art. 13 (Esito dell'accertamento)

---

**(1)** Qualora la commissione accerti che il richiedente non si trovi nelle condizioni previste dall'articolo 5 della presente legge, dichiara la reiezione della domanda e il segretario ne dà comunicazione all'interessato entro dieci giorni.

**(2)** Nel caso di esito positivo dell'accertamento della minorazione il segretario entro lo stesso termine, ne dà comunicazione all'ufficio provinciale competente per l'assistenza sociale all'interessato e all'associazione rappresentativa di categoria indicata nelle leggi citate nell'articolo 1.

## Art. 14 (Ricorso in relazione all'accertamento)

---

**(1)** Avverso il giudizio delle commissioni sanitarie di cui all'articolo 10 l'interessato può proporre ricorso in carta libera entro 60 giorni dalla ricevuta comunicazione, ad apposita commissione di appello, allegando un certificato di un medico specializzato nella disciplina attinente al proprio handicap. Tale commissione decide definitivamente. Tale commissione è presieduta da un medico del servizio sanitario provinciale o da un medico specialista convenzionato con il servizio sanitario provinciale ed è composta oltre che dal presidente, da tre medici specialisti designati dall'assessore alla sanità e scelti in una rosa di cinque medici specialisti nelle materie di medicina interna, di neurologia, di oculistica, di otorinolaringoiatria e di ortopedia o materie affini, di cui tre designati dalle associazioni di categoria rispettivamente interessate, nominati dalla Giunta provinciale. Non è ammessa la contemporanea appartenenza alla commissione di appello e alle commissioni di accertamento di cui al precedente articolo 10. Ai membri della commissione sono corrisposti, in quanto spettanti, gli emolumenti previsti per i membri delle commissioni di prima istanza. Le funzioni di segretario sono esercitate da un funzionario designato dall'assessore provinciale alla sanità. [26\)](#)

**(2)** La commissione di appello che decide sui ricorsi avverso il giudizio di una commissione sanitaria di cui all'articolo 10, comma 10, è integrata da un operatore sociale e da un medico specialista nei casi da esaminare. [27\)](#)

26) L'art. 14 è stato modificato dall'art. 46 della [L.P. 30 giugno 1983, n. 20](#), art. 4 della [L.P. 7 agosto 1986, n. 22](#), e successivamente sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

27) L'art. 14, comma 2, è stato aggiunto dall'art. 4, comma 5, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1](#).

## Art. 14/bis (Compensi alle commissioni sanitarie)

---



**(1)** Ai membri delle commissioni sanitarie spettano i compensi fissati dalla Giunta provinciale ed il trattamento economico di missione previsto dalla vigente normativa provinciale. [28\)](#)

**(2)** [29\)](#)

**(3)** Per accertamento diagnostico si intende quello definitivo, espresso in percentuale di invalidità.

**(4)** Nei casi in cui nel corso della riunione appositamente convocata, la commissione di cui all'articolo 14 ritenesse sufficiente la documentazione esistente, la decisione in merito al ricorso presentato può avvenire seduta stante, senza dar luogo alla visita medica del ricorrente. [30\)](#)



28) L'art. 14/bis comma 1, è stato così modificato dall'art. 5, comma 1, della [L.P. 16 ottobre 2014, n. 9](#).

29) L'art. 14/bis comma 2, è stato abrogato dalla lettera a) dell'art. 13, comma 1, della [L.P. 16 ottobre 2014, n. 9](#).

30) L'art. 14/bis è stato inserito dall'art. 28 della [L.P. 13 gennaio 1992, n. 1](#), e successivamente modificato dall'art. 53 della [L.P. 5 marzo 2001, n. 7](#).

## Art. 15 (Istruttoria - Dichiarazione sostitutiva)

---

**(1)** L'ufficio provinciale competente, ricevuta ai sensi dell'articolo 13 la comunicazione di accertamento positivo della minorazione, richiede all'interessato una dichiarazione sostitutiva di atto notorio, da farsi ai sensi della legge 4 gennaio 1968, n. 15, in cui egli precisi la data di nascita e il comune di residenza e attesti:

1. che è in possesso della cittadinanza italiana;
2. che non fruisce di pensione di guerra o per servizio, né di rendite per infortuni sul lavoro, da parte di amministrazioni pubbliche al titolo della stessa minorazione per la quale viene richiesta la prestazione economica;
3. quale sia l'ammontare dei singoli suoi redditi assoggettabili all'imposta sul reddito delle persone fisiche, percepiti nell'anno solare precedente a quello in cui è stata presentata la domanda.

**(2)** Per la concessione delle sole prestazioni di cui ai punti 6, 8, 9, 10 e 11 dell'articolo 3, la dichiarazione di cui al comma precedente può essere sostituita da un certificato cumulativo di nascita, residenza e cittadinanza.

**(3)** Qualora la richiesta di cui al comma 1 non abbia esito, l'ufficio sollecita una risposta tramite raccomandata con ricevuta di ritorno. Trascorso senza una risposta il termine di 60 giorni, la domanda sarà decisa negativamente per mancato inoltro della documentazione. È fatta salva per l'interessato la facoltà di proporre in ogni momento successivo all'ufficio stesso nuova domanda, corredata dalla documentazione richiesta; la prestazione decorre in tal caso dal primo giorno del mese successivo alla nuova domanda. [31\)](#)

31) L'art. 15 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## Art. 16 (Invalidi civili minorenni Particolarità istruttorie)

---

**(1)** La dichiarazione sostitutiva di cui all'articolo precedente, nel caso degli invalidi minorenni deve essere resa da un esercente della potestà.

**(2)** [32\)](#)

32) L'art. 16 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 1° agosto 1980, n. 29](#); il comma 2 è stato successivamente abrogato dall'art. 1 della [L.P. 13 agosto 1992, n. 31](#).

## Art. 17 (Misure delle prestazioni)

---

**(1)** Le misure mensili delle varie prestazioni sono le seguenti:

- a) tutte le pensioni di cui ai punti da 1) a 5) dell'articolo 3: dal 1° settembre 2008 euro 400,00; [33\)](#)
- b) assegno integrativo per ciechi civili assoluti: dal 1° maggio 1989 lire 102.900, dal 1° novembre 1989 lire 104.650;
- c) assegno integrativo per ciechi civili con residuo visivo: dal 1° maggio 1989 lire 73.520, dal 1° novembre 1989 lire 74.765;
- d) indennità di accompagnamento per invalidi civili totalmente inabili: per il 1989 lire 568.185;
- e) indennità di accompagnamento per ciechi civili assoluti: per il 1989 lire 681.455;
- f) indennità speciale per ciechi con residuo visivo: per il 1988 lire 50.000, per il 1989 lire 53.300;
- g) indennità di comunicazione per sordomuti: per il 1988 lire 200.000, per il 1989 lire 213.200.

**(2)** Qualora le misure delle corrispondenti prestazioni statali siano aumentate con legge dello Stato, si procederà con deliberazione della Giunta provinciale all'adeguamento proporzionale dell'ammontare delle rispettive prestazioni di cui al presente articolo, con la stessa decorrenza. [34\)](#)

33)La lettera a) dell'art. 17, comma 1, è stata così sostituita all'art. 8 della [L.P. 9 ottobre 2008, n. 8.](#)

34)L'art. 17 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9.](#)

## Art. 18 (Decorrenza delle prestazioni)

**(1)** La decorrenza di tutte le prestazioni previste dalla presente legge è stabilita con il primo giorno del mese successivo a quello di presentazione della domanda.

**(2)** Qualora i requisiti sanitari vengano accertati in sede di visita di revisione avviata d'ufficio da parte delle commissioni sanitarie, le prestazioni spettano dal primo giorno del mese successivo a quello della visita. In tal caso non è necessario che il richiedente presenti una nuova domanda. [35\)](#)

35)Il comma 2 è stato aggiunto dall'art. 40 della [L.P. 3 maggio 1999, n. 1.](#)

## Art. 19 [36\)](#)

36)Abrogato dall'art. 2 della [L.P. 1° agosto 1980, n. 29.](#)

## Art. 20 (Tredicesima mensilità - Perequazione automatica)



**(1)** È corrisposta, di regola insieme al rateo bimestrale di novembre e dicembre di ciascun anno, una tredicesima mensilità delle prestazioni, commisurata all'importo dell'ultima mensilità erogata, proporzionalmente alle rate mensili maturate nell'anno solare.

**(2)** Alle pensioni, di cui ai punti da 1) a 5) dell'articolo 3 della presente legge, si applica, a far tempo dal 1° maggio 1990, la perequazione automatica prevista per le corrispondenti prestazioni dalle norme dello Stato, con la misura e la decorrenza ivi prevista. La stessa perequazione si applica all'assegno integrativo per ciechi civili assoluti o con residuo di cui al punto 9) dell'articolo 3.

**(3)** Gli importi delle indennità di accompagnamento per invalidi civili totalmente inabili e per ciechi civili assoluti, come pure dell'indennità speciale per ciechi con residuo visivo e dell'indennità di comunicazione per sordomuti, di cui ai punti 6), 8), 10) e 11) dell'articolo 3, saranno automaticamente adeguati con pari decorrenza a quelli erogati dallo Stato in sede nazionale per le corrispondenti prestazioni sulla base della normativa vigente. [37\)](#)



Delibera 12 marzo 2012, n. 374 - L.P. 46/78 - Concessione delle pensioni incrementate agli invalidi civili, ciechi civili e sordi – Determinazione dei nuovi limiti di reddito 2012 ai sensi della legge 28.12.2001, n. 448, art. 38 - Modifica del 1° comma dell'articolo 4 del Titolo II delle direttive allegate alla delibera n. 2732 del 29.7.2002, relative alla determinazione del reddito personale da considerare.



Delibera 12 marzo 2012, n. 373 - Determinazione dei nuovi limiti di reddito 2012 per le pensioni di invalidi civili, ciechi civili e sordi e per l'ammontare delle indennità di accompagnamento di invalidi civili e ciechi civili assoluti, dell'indennità speciale per ciechi parziali nonché dell'indennità di comunicazione per sordi con decorrenza 1° gennaio 2012 – Legge provinciale del 21.8.1978, n. 46. - Revoca della deliberazione n. 126 del 31.1.2011



Delibera 29 luglio 2002, n. 2732 - Direttive relative alla determinazione del reddito personale da considerare ai fini della concessione delle pensioni di invalidità, cecità e sordomutismo civile, ai sensi della legge provinciale 21.08.1978, n. 46 e articolo 38 della l. 28.12.2001 n. 448 (modificata con delibera n. 1742 del 29.05.2003, delibera n. 313 del 2.2.2004, delibera n. 228 del 08.02.2010, delibera n. 125 del 31.01.2011, delibera n. 374 del 12.03.2012, delibera n. 105 del 21.01.2013, delibera n. 116 del 04.02.2014, delibera n. 71 del 20.01.2015, delibera n. 45 del 19.01.2016, delibera n. 1456 del 20.12.2016 e delibera n. 123 vom 31.01.2017)

37) L'art. 20 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## Art. 21 (Provvedimenti sulle prestazioni economiche - Organo competente)

---

(1) Il provvedimento con cui si fa luogo alla prestazione è emanato dal direttore della Ripartizione provinciale Famiglia e politiche sociali. [38\)](#)

38) L'art. 21 è stato prima sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#), e poi dall'art. 4, comma 6, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1](#).

## Art. 22 (Provvedimento per l'indennità di accompagnamento per gli invalidi minorenni)

---

(1) Il provvedimento, con cui si fa luogo all'indennità di accompagnamento per invalidi civili minorenni, indica la data di scadenza della propria efficacia, che coincide con l'ultimo giorno del mese in cui l'invalido compie il 18.mo anno. La liquidazione delle prestazioni è disposta di anno in anno, per i successivi dodici mesi, dall'ufficio provinciale competente per la materia, su presentazione del certificato di frequenza di cui al precedente articolo 16 [39\)](#)

39) L'art. 22 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 1° agosto 1980, n. 29](#).

## Art. 23 (Commissioni Composizione proporzionale Compensi)

---

(1) La composizione delle commissioni sanitaria ed economica, previste rispettivamente agli articoli 10 e 21, deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici risultante dall'ultimo censimento generale della popolazione, fatta salva la possibilità di accesso per il gruppo linguistico ladino. [40\)](#)

(2) [41\)](#)

40) Il comma 1 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

41) Il comma 2 è stato abrogato dall'art. 30 della [L.P. 13 gennaio 1992, n. 1](#).

## Art. 24 (Ricorsi avverso la decisione)

---

(1) Avverso la decisione di cui al precedente articolo 21 l'interessato può ricorrere entro 30 giorni dall'avvenuta comunicazione alla Giunta provinciale, che decide in via definitiva, sentito il parere dell'ufficio provinciale competente e quello dell'associazione rappresentativa di categoria.

## Art. 25 (Tutela giurisdizionale)

---

(1) Contro i provvedimenti definitivi indicati nei precedenti articoli 14 e 24 è ammessa la tutela giurisdizionale, ai sensi delle tre leggi indicate nel precedente articolo 1, dinnanzi ai competenti organi ordinari e amministrativi.

## Art. 26 [42\)](#)

---

42) Soppresso dall'art. 2, comma 9, della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## Art. 27 (Libretto)

---

**(1)** Ai titolari delle pensioni, degli assegni e delle altre indennità previste dalla presente legge, l'Assessorato provinciale competente rilascia apposito libretto, che deve recare il numero di iscrizione, le generalità del titolare, la categoria di appartenenza, la data di decorrenza delle prestazioni, gli estremi della determinazione di ammissione alle prestazioni.

**(2)** Il libretto reca, inoltre, negli appositi spazi, la fotografia e la firma dell'avente diritto, autenticate entrambe con bollo e firma del segretario comunale o altro funzionario incaricato dal sindaco del comune di residenza.

## Art. 28 (Modalità di pagamento)

---

**(1)** Il pagamento agli aventi diritto avviene con le modalità previste dalla legge provinciale 17 febbraio 1966, n. 3, [43](#)) con scadenza bimestrale stabilita al ventottesimo giorno dei mesi di gennaio, marzo, maggio, luglio, settembre e novembre.

**(2)** La Giunta provinciale può stabilire il pagamento mensile delle prestazioni e determinare le relative procedure.

**(3)** Se il titolare delle prestazioni è ricoverato in un istituto di assistenza o di cura, ove sia richiesto il pagamento di una retta, la liquidazione delle prestazioni può essere effettuata con il consenso del titolare o, qualora esso non abbia la capacità di intendere e volere, con il consenso dei parenti più prossimi direttamente a tale istituto. [44](#))



Delibera 30 giugno 2015, n. 796 - Modifiche alle modalità di pagamento delle prestazioni economiche per invalidi civili, ciechi civili e sordi di cui alla Legge provinciale del 21.8.1978, n. 46, nel testo vigente. Revoca della deliberazione della Giunta Provinciale n. 4070 del 17.11.2003

43) Abrogato dall'art. 48, comma 1, lettera a), della [L.P. 10 giugno 2008, n. 4](#); vedi l'art. 54/bis della L.P. 29 gennaio 2002, Nr. 1.

44) L'art. 28 è stato sostituito dall'art. 40 della [L.P. 3 maggio 1999, n. 1](#).

## Art. 29 (Indicazioni sugli assegni postali)

---

**(1)** Sugli assegni di conto corrente postale devono essere indicate le generalità e l'indirizzo dell'avente diritto, il numero di iscrizione riportato nel libretto, gli importi netti da corrispondere ed eventualmente le generalità del legale rappresentante o della persona delegata alla riscossione, nonché gli estremi della determinazione di ammissione alle prestazioni.

## Art. 30 (Riscossione dei ratei)

---

**(1)** Il rappresentante legale o la persona delegata alla riscossione deve firmare per quietanza; con la firma per quietanza è dichiarata anche l'esistenza in vita del titolare della prestazione.

**(2)** Nel caso di morte del titolare, i ratei maturati e non riscossi sono corrisposti all'erede, su presentazione di certificazioni inerenti all'avvenuto decesso e alla qualifica di erede.

**(3)** Nel caso in cui il decesso sopravvenga dopo il riconoscimento dello stato di minorazione e prima del provvedimento di attribuzione delle prestazioni economiche, l'erede ha diritto a richiedere le quote maturate alla data della morte.

**(4)** Sono irripetibili i ratei non maturati della mensilità percepita anticipatamente, sempre ch  non sia possibile effettuare il recupero con trattenuta diretta su eventuali altre competenze spettanti, a qualsiasi titolo, al titolare del diritto o ai suoi aventi causa.

**(5)** La liquidazione delle prestazioni spettanti ai minorenni viene effettuata alla persona esercente la potestà di cui al primo comma dell'articolo 16. [45\)](#)



Corte costituzionale - Ordinanza N. 341 del 24.03.1988 - Liquidazione del trattamento pensionistico di invalidità - Pretesa degli eredi

45)L'art. 30 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 1° agosto 1980, n. 29](#).

## Art. 31 (Permanenza dei requisiti - Eventuale revoca)

**(1)** È fatto obbligo al titolare delle prestazioni, o suo legale rappresentante, di comunicare tempestivamente all'ufficio provinciale competente ogni variazione intervenuta nei requisiti e presupposti che legittimano l'erogazione delle prestazioni stesse; l'amministrazione ha facoltà di procedere in ogni tempo all'accertamento d'ufficio della permanenza dei requisiti e presupposti medesimi.

**(2)** In ogni caso in cui vengano meno i requisiti e presupposti si provvede alla revoca delle prestazioni con il procedimento di cui all'articolo 21; nelle more del procedimento, il direttore dell'ufficio sospende in via cautelare il pagamento non appena viene in possesso dell'atto di autodenuncia o di accertamento.

**(3)** La revoca ha effetto dal primo giorno del mese, fra quelli indicati all'articolo 28, che sia immediatamente successivo alla data della sospensione oppure, in assenza di sospensiva, del provvedimento di revoca, ed è impugnabile ai sensi della presente legge.

**(4)** In ogni tempo l'ufficio può fare richiesta che l'assistito produca la documentazione adatta a provare la permanenza del diritto alle prestazioni; in tali casi il direttore dell'ufficio ha facoltà di sospendere cautelativamente l'erogazione delle prestazioni. Nel caso in cui l'assistito non produca entro 40 giorni la documentazione richiesta, l'ufficio procede ad un sollecito nelle forme di cui all'articolo 15, comma 3, della presente legge e promuove la revoca a far tempo dalla sospensione.

**(5)** Qualora, successivamente alla disposta sospensione dell'erogazione delle prestazioni economiche, venga accertata la permanenza del diritto alle stesse, al titolare vengono corrisposti gli arretrati spettanti. [46\)](#)



Delibera 19 luglio 2010, n. 1235 - Visite di revisione per l'accertamento dei requisiti sanitari di invalidi civili titolari di prestazioni economiche (modificata con delibera n. 681 del 07.05.2012)

46)L'art. 31 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## Art. 31/bis (Ripetizione delle somme percepite senza titolo)

**(1)** Nei casi di revoca delle prestazioni per effetto di accertamento d'ufficio, come pure nei casi in cui le stesse siano state erogate sulla base di dichiarazioni non veritiere, il provvedimento stabilisce la ripetizione delle somme percepite dalla data in cui siano venuti meno i requisiti ed i presupposti generali o economici, gravate dagli interessi legali; negli altri casi non si fa luogo ad alcuna forma di addebito per le somme corrisposte.

**(2)** La ripetizione non ha luogo nel caso in cui il debitore disponga di un reddito mensile netto inferiore ad un importo pari al 200% della quota base di minimo vitale con riferimento alla [legge provinciale 26 ottobre 1973, n. 69](#), certificato dagli enti per l'assistenza di base.

**(3)** La rateizzazione delle somme da restituire è ammessa in ogni caso su richiesta dell'interessato e con semplice provvedimento del direttore d'ufficio fino ad un massimo di due anni. [47\)](#)



47) L'art. 31/bis è stato inserito dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## Art. 32 (Compimento del 65mo anno di età Pensione sociale)

---

**(1)** Le prestazioni date agli invalidi civili ai sensi dei numeri 1 e 2 dell'articolo 3, cessano con il primo giorno del mese successivo a quello in cui il titolare compie il 65.mo anno di età. L'ufficio provinciale competente comunica il termine suddetto alla sede di Bolzano dell' I.N.P.S. almeno sei mesi prima della scadenza, ai fini del provvedimento degli atti relativi alla pensione sociale di competenza di quell'ente. [48\)](#)

48) L'art. 32 è stato modificato dall'art. 2 della [L.P. 1° agosto 1980, n. 29](#).

## TITOLO II Disposizioni di natura sanitaria

---

### Art. 33 (Aventi diritto)

---

**(1)** Le prestazioni di natura sanitaria di cui al presente titolo secondo sono stabilite, in applicazione del [D.P.R. 28 marzo 1975, n. 474](#)

- a) per i minorati di cui al precedente articolo 5;
- b) per gli invalidi civili, i quali presentino una riduzione permanente della capacità lavorativa non inferiore a 1/3 o, se minori di 18 anni, che abbiano difficoltà persistente a svolgere i compiti e le funzioni proprie della loro età.

**(2)** Si applicano le norme di cui al titolo I della presente legge per quanto riguarda gli organi e i procedimenti di accertamento sanitario.

**(3)** Nei confronti degli invalidi di cui alla precedente lettera b) la commissione sanitaria di cui all'articolo 10 procede all'accertamento al solo fine delle prestazioni previste nel presente titolo. Per l'accesso a queste gli interessati devono presentare domanda all'Assessorato provinciale per la sanità, corredata dalle prove del possesso dei requisiti di cui all'articolo 4. [49\)](#)

49) L'art. 33 è stato sostituito dall'art. 1 della [L.P. 1° agosto 1980, n. 29](#).

### Art. 34 (Assistenza sanitaria) [50\)](#)

---

**(1)** Fino all'attuazione in provincia di Bolzano del servizio sanitario nazionale, la Provincia, tramite l'Assessore competente in materia, provvede all'assistenza sanitaria protesica e specifica a favore dei mutilati e invalidi civili, avviandoli, se del caso, presso centri di recupero operanti sul territorio provinciale e, soltanto in caso di comprovata necessità, presso centri situati fuori provincia.

**(2)** La Provincia, tramite l'Assessore competente in materia, provvede altresì all'erogazione dell'assistenza medica generica, farmaceutica, specialistica e ospedaliera a favore dei mutilati e invalidi civili, qualora per tale assistenza non provvedano enti mutualistici e assicurativi.

**(3)** L'assistenza sanitaria specifica può attuarsi nella forma di trattamento domiciliare o ambulatoriale, a degenza diurna o a degenza residenziale.

**(3/bis)** In casi di urgenza d'intervento per motivi di recupero funzionale, l'assistenza protesica può essere erogata anche ai richiedenti in attesa del riconoscimento delle condizioni sanitarie, qualora secondo dichiarazione del medico prescrivente ne hanno il diritto. [51\)](#)

**(4)** Fermo restando il principio previsto dall'articolo 11 del [D.P.R. 28 marzo 1975, n. 474](#), la Giunta provinciale, ai fini dell'assistenza contemplata nei precedenti commi, può stipulare convenzioni con cliniche universitarie, con ospedali, con enti, associazioni e istituzioni

pubbliche e private che gestiscono idonei centri medico-sociali e che siano sottoposti alla vigilanza dell'autorità sanitaria competente per territorio e che offrano adeguate prestazioni educative, medico-psicologiche e di servizio sociale, nonché ove necessario, per l'assistenza protesica, con liberi professionisti abilitati all'esercizio della professione sanitaria ausiliaria o dell'arte ausiliaria di professione sanitaria, a seconda delle prestazioni richieste.

**(5)** Ai fini di salvaguardare le caratteristiche etniche e culturali dei mutilati e invalidi civili appartenenti al gruppo linguistico tedesco o ladino da avviare presso centri di recupero siti fuori provincia, ai sensi del primo comma del presente articolo, la Giunta provinciale può stipulare convenzioni anche con centri di recupero siti all'estero che offrano i requisiti previsti nel precedente comma.

**(6)** Le disposizioni dei precedenti commi sono estese, in quanto applicabili, anche a favore dei ciechi civili e dei sordomuti.

**(7)** Le modalità e i limiti per l'erogazione dell'assistenza sanitaria di cui al presente articolo saranno stabilite con regolamento di esecuzione.

50) Vedi l'art. 46 della [L.P. 30 giugno 1983, n. 20](#).

51) Inserito dall'art. 46 della [L.P. 30 giugno 1983, n. 20](#).

## Art. 35 (Centri di riabilitazione)

---

**(1)** La Giunta provinciale, nei limiti di spesa all'uopo prevista dalla presente legge, ha facoltà di concedere contributi ad enti pubblici e a persone giuridiche private, non aventi finalità di lucro, per la costruzione, la trasformazione, l'ampliamento, l'impianto e il miglioramento delle attrezzature dei centri di riabilitazione, nonché di altre istituzioni terapeutiche, quali focolari, pensionati, comunità di tipo residenziale e simili.

## TITOLO III Norme transitorie e finali

---

### Art. 36 (Norme transitorie)

---

**(1)** Le disposizioni di cui alla presente legge hanno effetto dal 1° novembre 1978. I cittadini residenti nella provincia di Bolzano che alla data suddetta risultino titolari di prestazioni previste dalle leggi statali citate nell'articolo 1 avranno diritto, dopo tale data, senza alcun impulso di parte, alle corrispondenti prestazioni previste nella presente legge.

**(2)** Allo scopo di rendere possibile l'ininterrotta prosecuzione dell'erogazione economica, il competente ufficio provinciale acquisirà, prima di detta data, gli elenchi dei titolari e i relativi fascicoli esistenti presso gli uffici dello Stato.

**(3)** Qualora il richiedente o il titolare delle prestazioni previste dalla presente legge trasferisca la sua residenza in altra provincia, la Provincia autonoma di Bolzano trasmette agli uffici competenti la documentazione necessaria e dispone la revoca delle prestazioni a far tempo dal primo giorno del bimestre di pagamento successivo alla ricevuta comunicazione. [52\)](#)

**(4)** Coloro che, essendo richiedenti o titolari di prestazioni previste dalle leggi dello Stato, conseguano la residenza in un comune della provincia di Bolzano, hanno diritto, qualora spettino, alle corrispondenti prestazioni previste dalla presente legge a far tempo dal primo giorno del mese successivo al conseguimento della residenza stessa. La commissione di cui al precedente articolo 21 promuove nei loro confronti i provvedimenti sulle prestazioni eventualmente spettanti, dietro presentazione della documentazione di legge e del certificato cumulativo di nascita, cittadinanza e residenza, dopo che il competente ufficio della Provincia autonoma abbia acquisito dalla prefettura di provenienza la necessaria documentazione. [52\)](#)

**(5)** Coloro che risultino alla data del 1° novembre 1978 titolari delle provvidenze provinciali di cui alla [legge provinciale 9 agosto 1975, n. 38](#), percepiranno, dopo tale data, l'assegno integrativo di cui al n. 7 dell'articolo 3 della presente legge.

**(6)** In deroga a quanto stabilito con il precedente articolo 5, i ciechi che fruiscono, alla suddetta data, dell'assegno a vita di cui all'articolo 19 della legge 10 febbraio 1962, n. 66, e successive modifiche, continueranno a fruirne a carico del bilancio provinciale.

**(7)** Le domande ed i ricorsi presentati anteriormente al 1° novembre 1978 agli organi dello Stato e da questi non ancora definiti, saranno acquisiti, dopo tale data, dall'ufficio competente della Provincia e sottoposti alle decisioni degli organi competenti previsti dalla

presente legge.

**(8)** Le disposizioni di cui ai precedenti articoli 8 e 20, secondo comma, hanno effetto dal 1° gennaio 1979.

52)Il commi 3 e 4 sono stati sostituiti dall'art. 1 della [L.P. 25 ottobre 1989, n. 9](#).

## **Art. 36/bis (Personale addetto alle commissioni sanitarie per l'accertamento dell'invalidità)**

---

**(1)** Il personale provinciale addetto all'esercizio delle funzioni amministrative delle commissioni provinciali per l'accertamento dell'invalidità può optare di rimanere in servizio presso la Provincia autonoma di Bolzano entro 30 giorni dalla data di adozione del relativo provvedimento da parte della Giunta provinciale.

**(2)** L'inquadramento del personale amministrativo trasferito avviene nel rispetto del trattamento retributivo in godimento, escluse eventuali indennità collegate all'espletamento di determinate funzioni. [53\)](#)

53)L'art. 36/bis è stato inserito dall'art. 3 della [L.P. 8 aprile 1998, n. 3](#).

## **Art. 37 (Abrogazione)**

---

**(1)** Sono abrogati a decorrere dal 1° novembre 1978 gli articoli 1, 2, 3, 4, 5 e 6 della [legge provinciale 9 agosto 1975, n. 38](#), e la [legge provinciale 19 gennaio 1978, n. 10](#), e ogni altra norma provinciale legislativa o regolamentare in contrasto con la presente legge.

## **Art. 38-39 [54\)](#)**

---

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

54)Omissis.

L. 27-2-2009 n. 14

Conversione in legge, con modificazioni, del decreto-legge 30 dicembre 2008, n. 207, recante proroga di termini previsti da disposizioni legislative e disposizioni finanziarie urgenti.

Pubblicata nella Gazz. Uff. 28 febbraio 2009, n. 49, S.O.

**L. 27 febbraio 2009, n. 14** <sup>(1)</sup>.

*(commento di giurisprudenza)*

**Conversione in legge, con modificazioni, del [decreto-legge 30 dicembre 2008, n. 207](#), recante proroga di termini previsti da disposizioni legislative e disposizioni finanziarie urgenti.**

---

(1) Pubblicata nella Gazz. Uff. 28 febbraio 2009, n. 49, S.O.

---

**Allegato**  
**Modificazioni apportate in sede di conversione al [decreto-legge 30 dicembre 2008, n. 207](#)**

All' [articolo 2](#) è aggiunto, in fine, il seguente comma:

«2-bis. Il comma 48 dell' [articolo 2 della legge 22 dicembre 2008, n. 203](#), è sostituito dal seguente:

"48. Le sanzioni di cui all' [articolo 77-bis, commi 20 e 21, del decreto-legge 25 giugno 2008, n. 112](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 6 agosto 2008, n. 133](#), non si applicano agli enti locali in caso di mancato rispetto del patto di stabilità interno conseguente alle spese relative a nuovi interventi infrastrutturali appositamente autorizzati con decreto del Ministro dell'economia e delle finanze, d'intesa con la Conferenza unificata di cui all' [articolo 8 del decreto legislativo 28 agosto 1997, n. 281](#). Il decreto individua le corrispondenti risorse finanziarie, che possono essere autonomamente rese disponibili anche dalle regioni nell'ambito degli stanziamenti di pertinenza per interventi di sviluppo a carattere infrastrutturale, e le necessarie compensazioni degli effetti finanziari in termini di fabbisogno e indebitamento netto delle pubbliche amministrazioni. Gli enti locali interessati sono quelli che hanno rispettato il patto di stabilità interno nel triennio 2005-2007 e che hanno registrato, in ciascuno degli anni 2009-2011, impegni per spesa corrente, al netto delle spese per adeguamenti contrattuali del personale dipendente, compreso il segretario comunale, per un ammontare non superiore a quello medio corrispondente del triennio 2005-2007. Le Commissioni parlamentari competenti per i profili di carattere finanziario esprimono il proprio parere sullo schema di decreto di autorizzazione del Ministro dell'economia e delle finanze entro il termine di venti giorni dalla trasmissione, decorso il quale il decreto può essere adottato. Con decreto del Presidente della Repubblica, da adottare, ai sensi dell' [articolo 17 della legge 23 agosto 1988, n. 400](#), entro trenta giorni dalla data di entrata in vigore della presente disposizione, sono stabiliti i criteri di selezione

L' *articolo 35* è sostituito dal seguente:

«Art. 35. - (Personale degli enti di ricerca e altre disposizioni in materia di lavoro e di biobanche). - 1. Limitatamente agli enti di ricerca, le disposizioni di cui all' *articolo 7, comma 6, del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165*, nel testo modificato dall' *articolo 3, comma 76, della legge 24 dicembre 2007, n. 244*, e successivamente dall' *articolo 46, comma 1, del decreto-legge 25 giugno 2008, n. 112*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 6 agosto 2008, n. 133*, non si applicano fino al 30 giugno 2009.

2. Il secondo periodo del comma 14 dell' *articolo 66 del decreto-legge 25 giugno 2008, n. 112*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 6 agosto 2008, n. 133*, è soppresso.

3. Con decreto del Ministro dell'istruzione, dell'università e della ricerca di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze e con il Ministro per la pubblica amministrazione e l'innovazione, da adottare entro trenta giorni dalla data di entrata in vigore della legge di conversione del presente decreto, sono definite le modalità applicative delle disposizioni di cui al comma 14 dell' *articolo 66 del decreto-legge 25 giugno 2008, n. 112*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 6 agosto 2008, n. 133*, come modificato dal comma 2 del presente articolo, intese a chiarire che, al fine di garantire omogeneità di computo delle retribuzioni del personale cessato e di quello neo assunto, nella definizione delle economie delle cessazioni non si tiene conto del maturato economico.

4. Il personale ex CONI, transitato alle dipendenze della CONI Servizi Spa, per effetto del *decreto-legge 8 luglio 2002, n. 138*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 8 agosto 2002, n. 178*, in servizio presso le federazioni sportive nazionali, permane in servizio presso le stesse ai fini del loro funzionamento.

5. Nelle parole "esercizio diretto di attività sportive dilettantistiche" contenute nell' *articolo 67, comma 1, lettera m), del testo unico delle imposte sui redditi, di cui al decreto del Presidente della Repubblica 22 dicembre 1986, n. 917*, e successive modificazioni, sono ricomprese la formazione, la didattica, la preparazione e l'assistenza all'attività sportiva dilettantistica.

6. Alle federazioni sportive nazionali, alle discipline associate ed agli enti di promozione sportiva riconosciuti dal CONI si applica quanto previsto dall' *articolo 67, comma 1, lettera m), secondo periodo, del testo unico delle imposte sui redditi, di cui al decreto del Presidente della Repubblica 22 dicembre 1986, n. 917*, e successive modificazioni, e dall' *articolo 61, comma 3, del decreto legislativo 10 settembre 2003, n. 276*, e successive modificazioni.

7. All'onere derivante dall'attuazione dei commi 5 e 6, pari a 2 milioni di euro per l'anno 2009, 2,6 milioni di euro per l'anno 2010 e 2,4 milioni di euro a decorrere dal 2011, si provvede per l'anno 2009 mediante corrispondente riduzione dello stanziamento iscritto nel Fondo per interventi strutturali di politica economica, di cui all' *articolo 10, comma 5, del decreto-legge 29 novembre 2004, n. 282*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 27 dicembre 2004, n. 307*, come integrato ai sensi dell' *articolo 63, comma 10, del decreto-legge 25 giugno 2008, n. 112*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 6 agosto 2008, n. 133*. Per l'anno 2010 si provvede a valere sul fondo di cui all' *articolo 5, comma 4, del decreto-legge 27 maggio 2008, n. 93*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 24 luglio 2008, n. 126*, come rideterminato ai sensi dell' *articolo 60, comma 8, del decreto-legge 25 giugno 2008, n. 112*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 6 agosto 2008, n. 133*, e successive modificazioni. A decorrere dall'anno 2011 si provvede

quanto a 1,2 milioni di euro mediante corrispondente riduzione del fondo speciale di parte corrente iscritto, ai fini del bilancio triennale 2009-2011, nell'ambito del programma "Fondi di riserva e speciali" della missione "Fondi da ripartire" dello stato di previsione del Ministero dell'economia e delle finanze per l'anno 2009, allo scopo utilizzando l'accantonamento relativo al medesimo Ministero, e quanto a 1,2 milioni di euro mediante corrispondente riduzione del medesimo fondo speciale di parte corrente, allo scopo utilizzando l'accantonamento relativo al Ministero della difesa. Il Ministro dell'economia e delle finanze è autorizzato ad apportare, con propri decreti, le occorrenti variazioni di bilancio.

8. Ai fini della liquidazione o della ricostituzione delle prestazioni previdenziali ed assistenziali collegate al reddito, il reddito di riferimento è quello conseguito dal beneficiario e dal coniuge nell'anno solare precedente il 1° luglio di ciascun anno ed ha valore per la corresponsione del relativo trattamento fino al 30 giugno dell'anno successivo.

9. In sede di prima liquidazione di una prestazione il reddito di riferimento è quello dell'anno in corso, dichiarato in via presuntiva.

10. Per i procedimenti di cui all'allegato A rilevano i redditi da lavoro dipendente, autonomo, professionale o di impresa conseguiti in Italia, anche presso organismi internazionali, o all'estero al netto dei contributi previdenziali ed assistenziali, conseguiti nello stesso anno di riferimento della prestazione.

11. Per consentire agli enti previdenziali erogatori di rilevare annualmente i redditi, i soggetti percettori di prestazioni collegate al reddito sono tenuti ad effettuare la comunicazione dei dati reddituali entro il 30 giugno di ciascun anno.

12. Ai soggetti che omettono la presentazione della comunicazione dei dati reddituali nel termine previsto al comma 11, previo avviso da parte degli enti previdenziali e decorso inutilmente il termine di trenta giorni dal ricevimento dello stesso, viene sospesa l'erogazione della prestazione collegata al reddito a partire dal rateo del mese di ottobre.

13. In caso di presentazione della comunicazione dei dati reddituali nel termine previsto per la presentazione della successiva comunicazione, la prestazione sospesa è ripristinata a partire dal mese successivo con erogazione degli arretrati. Qualora la presentazione della comunicazione non avvenga entro il termine di cui al periodo precedente non si dà luogo alla corresponsione di alcun arretrato.

14. Il termine di cui all' [articolo 10, comma 3, della legge 21 ottobre 2005, n. 219](#), per la predisposizione, con decreto del Ministro del lavoro, della salute e delle politiche sociali, previo accordo con la Conferenza permanente per i rapporti tra lo Stato, le regioni e le province autonome di Trento e di Bolzano, di una rete nazionale di banche per la conservazione di cordoni ombelicali, è differito al 31 dicembre 2009. A tal fine sono autorizzati la raccolta, la conservazione e lo stoccaggio del cordone ombelicale da parte di strutture pubbliche e di quelle individuate ai sensi dell' [articolo 23 della predetta legge n. 219 del 2005](#) e in base all'[accordo del 10 luglio 2003](#), pubblicato nella Gazzetta Ufficiale n. 227 del 30 settembre 2003, autorizzate dalle regioni e dalle province autonome di Trento e di Bolzano, sentiti il Centro nazionale trapianti e il Centro nazionale sangue.

15. L' [articolo 8-bis, comma 1, del decreto-legge 31 dicembre 2007, n. 248](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 28 febbraio 2008, n. 31](#), e successive modificazioni, è abrogato.